

iböb.
initiative für eine
bessere ökonomische bildung

working paper no. 1

**Wem
gehört die
ökonomische
Bildung?**

**Notizen zur Verflechtung
von Wissenschaft,
Wirtschaft und
Politik**

Lucca Möller
Reinhold Hedtke

Bielefeld 2011

Reinhold Hedtke

Wem gehört die ökonomische Bildung?

Eine Einführung

Inhalt

| | |
|---|----|
| Wer mit wem? | 7 |
| Klare Verhältnisse | 9 |
| Interessen an ökonomischer Bildung | 12 |
| Wirtschaft als Fach der Wirtschaft? | 14 |
| Klare Positionen | 19 |
| Das Beispiel DVAG: Verfilzung von Finanzindustrie, Politik und Finanzieller Bildung . | 22 |
| Pluralismus als Prinzip | 26 |

Lucca Möller

Vernetzt mit Wirtschaft und Politik

Eine Netzwerkskizze zu Akteuren der ökonomischen Bildung

Inhalt

| | |
|---------------------------------|----|
| Personelle Verknüpfungen | 29 |
| Projektverknüpfungen | 33 |
| Kongresse | 38 |
| Publikationen | 39 |
| Das Netzwerk im Überblick | 41 |

| | |
|------------------------|----|
| Literatur | 43 |
|------------------------|----|

Anhang:

| | |
|----------------------------------|----|
| Quellen zur Netzwerkskizze | 49 |
|----------------------------------|----|

Reinhold Hedtke

Wem gehört die ökonomische Bildung?

Zusammenfassung

Insbesondere Wirtschaftsverbände, unternehmernahe Stiftungen, Institute und Initiativen fordern seit einem Jahrzehnt mehr ökonomische Bildung an Schulen. Die vorliegenden Studien zeigen, dass sie als locker verbundene Lobbyisten zusammen mit Wirtschaftsdidaktikern ein bestens finanziertes politisch-pädagogisches Netzwerk bilden. Seine Akteure und Aktivitäten finden parteipolitische Unterstützung vor allem bei CDU und FDP.

In und mittels der ökonomischen Bildung befördert dieses Netzwerk die Interessen der privaten unternehmerischen Wirtschaft sowie politische Positionen des wirtschaftsliberal-konservativen Spektrums. In diesem Sinne sollen auch die Schülerinnen und Schüler einseitig beeinflusst werden. Das legen Analysen einiger Unterrichtsmaterialien nahe, die Akteure aus diesem Netzwerk entwickelt haben und verbreiten. Pluralistische Ansätze in Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik sucht man dort meist vergebens. Über Lehr-Lern-Materialien strebt insbesondere die Finanzindustrie nach Präsenz im Klassenzimmer, ihre Mitarbeiter sollen zu Finanzieller Allgemeinbildung unterrichten. Das ist eine bemerkenswerte Vermischung von Bildungsauftrag und Gewinninteressen.

Fasst man die Ergebnisse der einzelnen, explorativen Analysen zusammen steht zu befürchten, dass ein Schulfach Wirtschaft zum Fach der Wirtschaft und Wirtschaftsverbände wird und wirtschaftsliberal-konservatives Denken in die Schulen bringen soll. Demgegenüber müssen Bildungspolitik und Wirtschaftsdidaktik den wissenschaftlichen und politischen Pluralismus in der ökonomischen Bildung in allgemein bildenden Schulen sichern. Den Unternehmer- und Wirtschaftsverbänden steht kein Alleinvertretungsanspruch für „die Wirtschaft“ zu. Auch Akteure wie Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucherverbände haben zu wirtschaftlichen Themen Wichtiges zu sagen. Deshalb gehört in einer Demokratie die öffentliche ökonomische Bildung allen.

Lucca Möller

Vernetzt mit Wirtschaft und Politik

Zusammenfassung

Die explorative Studie, die als Vorstudie zu einer methodisch anspruchsvolleren Netzwerkanalyse angelegt ist, skizziert das Netzwerk der ökonomischen Bildung, das durch Verknüpfungen zwischen Personen, Projekten, Publikationen und Presseorganen entsteht. Als aufschlussreich erweist sich auch die exemplarische Analyse einschlägiger Tagungen. Diese identifiziert individuelle und korporative Schlüsselakteure, darunter wirtschaftsnahe und konservative Stiftungen. Eine zentrale Stellung im Netzwerk hält das Oldenburger Institut für Ökonomische Bildung.

Wichtige Ergebnisse der Studien im Überblick

1. Hinter der bildungspolitischen Forderung, ökonomische Bildung durch ein eigenes Schulfach Wirtschaft zu Lasten anderer Fächer auszuweiten, steht ein einflussreiches Netzwerk von Wirtschaftsverbänden, privaten Großunternehmen und wirtschaftsliberal-konservativen Einrichtungen und Akteuren.
2. Dieses Netzwerk für mehr ökonomische Bildung an Schulen ist durch Projekte, Personen, Publikationen und Finanzströme mit den Parteien CDU, FDP und CSU, mit ihnen nahe stehenden Einrichtungen sowie mit von ihnen geführten Bildungs- und Wissenschaftsministerien verbunden. Das übrige politische Spektrum bleibt ausgegrenzt.
3. Das Netzwerk steht für eine ökonomische Bildung, auf die Privatunternehmen, Wirtschaftsverbände und wirtschaftsliberal-konservative Organisationen inhaltlich erheblichen Einfluss nehmen. Alle anderen Interessen und Institutionen wie Arbeitnehmer-, Verbraucher- oder Umweltverbände oder die Sozialwirtschaft bleiben marginal.
4. Die von Wirtschaftsverbänden, Privatunternehmen und wirtschaftsliberal-konservativen Organisationen breit in die Schulen gestreuten Lernmaterialien sind nicht selten wissenschaftlich und politisch tendenziös und fördern oft einseitig unternehmernahe Weltbilder, Akteure und Interessen.
5. Besonders enge Beziehungen bestehen zwischen diesem Netzwerk und der Finanz- und Versicherungsindustrie. Sie wirkt als Organisator, Geldgeber und Produzent von Lernmaterial. Sie vermittelt auch ihr Vertriebspersonal an Schulen, das dort über Versichern und Geldanlagen unterrichten soll.
6. Wirtschaftsverbände und einzelne Konzerne dominieren die Angebote zur Lehrerfortbildung im Feld der ökonomischen Bildung und gewinnen personellen und inhaltlichen Einfluss auch auf staatliche Fortbildungseinrichtungen.
7. Die ökonomische Allgemeinbildung bildet inzwischen eine kleine Wirtschaftsbranche, die staatlich vielfältig subventioniert wird. Eine Reihe von Personen und Organisationen profitieren ökonomisch von mehr ökonomischer Bildung. Dazu gehören auch Einrichtungen an Universitäten, deren Unabhängigkeit durch interessierte Geldgeber in Gefahr gerät.
8. Insgesamt ergibt sich durch dieses Netzwerk das Bild einer von den Interessen großer Privatunternehmen und Wirtschaftsverbände dominierten ökonomischen Bildung, die wirtschaftsliberal-konservativen Philosophien, Positionen, Personen, Politiken und Interessen einen bevorzugten Platz einräumt.
9. Eine Alternative zu diesem ideologisch, interessenspezifisch und parteipolitisch einseitig strukturierten Netzwerk für mehr ökonomische Bildung existiert bisher nicht. Das Schulfach Wirtschaft wird so zum Fach der Wirtschaft. Bleiben andere wissenschaftliche und politische Positionen und gesellschaftliche Gruppen weiter randständig, wird der Pluralismus aus der ökonomischen Bildung vertrieben. Deshalb muss die Bildungspolitik den öffentlichen Bildungsauftrag der Schulen auch in der ökonomischen Bildung gegenüber einseitigen Einflüssen verteidigen.

Reinhold Hedtke

Wem gehört die ökonomische Bildung?

Eine Einführung

Inhalt

| | |
|--|----|
| Wer mit wem? | 7 |
| Klare Verhältnisse | 9 |
| Interessen an ökonomischer Bildung | 12 |
| Wirtschaft als Fach der Wirtschaft? | 14 |
| Klare Positionen | 19 |
| Das Beispiel DVAG: | |
| Verfälschung von Finanzindustrie, Politik und Finanzieller Bildung | 22 |
| Pluralismus als Prinzip | 26 |

Wer mit wem?

Das starke Interesse an der Frage „Wer mit wem?“ hält seit Jahrzehnten ganze Branchen am Leben und verspricht jüngst mit Facebook, Twitter und anderen auch eine neue Internetblase zu nähren. „Wer gehört zu wem?“ und „Wem gehört die Republik?“ waren und sind Standardfragen der Politischen Ökonomie. Was aber hat die Frage „Wer mit wem?“ mit ökonomischer Bildung und Wirtschaftsunterricht in den Schulen zu tun? Sie konkretisiert sich hier als Frage danach, wer Einfluss auf diejenigen Akteure hat, die (mit)bestimmen, was Kinder und Jugendliche zu wirtschaftlichen Themen lernen sollen und was nicht¹. Wer steuert, was man über Wirtschaft erfährt und was nicht, welche Fragen man stellt, was tabu bleibt und in welchem Licht „die Wirtschaft“ im Unterricht erscheint? Wer kann seine Sichtweise durchsetzen, wessen Perspektive bleibt außen vor?

Von der wissenschaftlichen Seite her beeinflussen Personen und Organisationen aus der Disziplin der Wirtschaftsdidaktik und auch aus den Wirtschaftswissenschaften das Bild, das sich Öffentlichkeit und Politik von ökonomischer Bildung machen. Sie setzen Erwartungen, welche wirtschaftlichen, welche wirtschaftswissenschaftlichen und welche sozialwissenschaftlichen Inhalte, Themen und Denkweisen zum Pflichtkanon in Schulen gehören sollen. Sie versuchen auch, ihre Erwartungen und Interessen medial und bildungspolitisch durchzusetzen. Gleiches gilt für die außerwissenschaftlichen, unternehmerischen, politischen und lobbyistischen Akteurinnen, Organisationen und Verbände, mit denen Wirtschaftsdidaktiker typischerweise oder mehrheitlich kooperieren.

¹ Ministerielle und parlamentarische Akteure der Bildungspolitik bleiben hier unberücksichtigt.

Deshalb ist die Analyse, welche Akteure – auch auf der Basis finanzieller Interessen – zusammenwirken, wissenschaftlich, politisch und pädagogisch hoch relevant für die ökonomische Bildung.

Das hier vorgelegte Arbeitspapier stellt einige kleinere empirische Untersuchungen vor, die dieser Frage nachgehen. Wenngleich umfassendere empirische Analysen noch ausstehen, müssen die Ergebnisse all diejenigen beunruhigen, die an einer einigermaßen ausgewogenen oder gar kritischen ökonomischen Bildung in öffentlichen Schulen interessiert sind (vgl. Görner 2010). Einflussreiche Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft, Verbänden und Politik instrumentalisieren die Forderung nach mehr ökonomischer Bildung für die Verbreitung wirtschaftsliberal-konservativer Denkweisen an allgemein bildenden Schulen. Wirtschaftsliberal soll hier in erster Linie den politischen Grundsatz des (absoluten) Vorrangs der individuellen *ökonomischen* Freiheit bezeichnen, der auf einem individualistischen, marktoptimistischen Menschen- und Gesellschaftsbild gründet; konservativ soll hier vor allem für tiefes Vertrauen in die Grundfesten der bestehenden Ordnung (hier insbesondere in die deutsche Wirtschaftsordnung), ihre Eliten (und diese begünstigende Verteilungsstrukturen; vgl. Neckel 2010) sowie für die Vervollkommnung der Ordnung durch Wachstum und vorsichtige Weiterentwicklung stehen (vgl. Meyer 2010, 160-166)².

Nachdem wirtschaftsliberale und konservative Initiativen, Stiftungen und Institute die wirtschaftspolitische Diskussion medial bereits weitgehend dominieren (vgl. Speth 2006), geht es ihnen nun darum, das Denken und Urteilen der Schülerinnen und Schüler und der Lehrkräfte, die Wirtschaft unterrichten, nachhaltig zu beeinflussen. Allerdings monieren sie umgekehrt auch, dass Unternehmer und Unternehmen, Markt und Marktwirtschaft in Schulbüchern oft einseitig kritisch oder negativ dargestellt würden. Beispiele dafür sind die europäische Schulbuchstudie im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (Georg-Eckert-Institut 2007)³ oder die ökonomische Schulbuchanalyse des Liberalen Instituts der Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit (Merrett 2008). Diese Klagen mögen im einen oder anderen Fall durchaus berechtigt sein, rechtfertigen aber keineswegs, dass man die eigenen wissenschaftlichen, politischen und weltanschaulichen Positionen den Schülerinnen und Schülern in einseitiger Weise aufdrängt. Einige wenige Exempel mögen solche Vorstöße von wirtschaftsliberal-konservativer Seite hier illustrieren⁴.

² (Wirtschafts-)Liberalismus und Konservatismus sind in der rechten Hälfte des Schemas der Grundwerte, Ideologien und Sozialordnungen von Herbert Kitschelt zu verorten und streben auf dessen idealtypischen Achsen in Richtung „Märkte, freier Tausch, Kapitalismus“ bzw. „Paternalismus, Korporatismus“ (Kitschelt 1992, 10-19, 1994, 12-30; vgl. Petrik 2007, 162-209, Hippe 2010, 105-107).

³ Die wesentlichen Ergebnisse eignen sich aber kaum für eine Schulbuchschelte aus Unternehmerperspektive: Es zeigt sich zwar, dass in deutschen und englischen Schulbüchern „die ‚Erziehung zu unternehmerischen Tugenden‘ eine deutlich geringere Rolle spielt“ als in schwedischen, „*Economic Literacy*“ hingegen wird in Deutschland groß geschrieben – hier sind unsere Schulbücher deutlich besser als ihr Ruf“, „Alle Bücher bekennen sich vorbehaltlos zur sozialen Marktwirtschaft. ‚Kapitalisten‘- oder ‚Unternehmerschelte‘ ist ebenso selten zu finden wie ausgeprägte ideologische Färbungen.“ (Lässig 2008, 4, 6).

⁴ Weitere Beispiele finden sich im Abschnitt „Klare Positionen“.

So lesen Jugendliche beispielsweise im „Schnupperkurs in Sachen Ökonomie“ der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM; vgl. Nicoll 2008): „Wir könnten uns zur Abwechslung einmal dazu durchringen, das Konzept der Marktwirtschaft auch wirklich umzusetzen – und nicht immer nur eine abgespeckte Variante davon. Mehr Marktwirtschaft, das hieße vor allem: weniger Staat“ (INSM 2007, 46). Zwei Seiten weiter heißt es: „Man ist weder Moralapostel noch Neoliberaler oder gar ein Gegner des Staates, wenn man die wahnwitzige staatliche Umverteilung an den Pranger stellt“ (2007, 48). Auch der Bankenverband lehrt eine ähnliche politische Grundhaltung: „In einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung (...) hat der Staat trotz allem eine zurückhaltende Rolle zu spielen“ (Bankenverband 2009, 62). Die Broschüre „Soziale Marktwirtschaft macht’s besser“ verkündet den jugendlichen Leserinnen und Lesern: „In der Realität hat der Mindestlohn nur eine Folge: dass noch mehr Menschen arbeitslos werden“ (INSM 2009, 18), obwohl die empirische Mindestlohnforschung diese simple These bezweifelt (Häring 2010, Bosch 2010).

Klare Verhältnisse

In „Ökonomische Bildung als politisches Projekt“ (Hedtke 2008) bin ich von einem Netzwerk aus Interessenverbänden von Unternehmern und Unternehmen sowie konservativen Stiftungen ausgegangen, das die ökonomische Bildung strategisch vorantreiben will. Wie sich dieses politische Netzwerk für ein Schulfach Wirtschaft im Einzelnen darstellt und was seine Wirkungen sind, bedarf umfangreicherer und genauerer, methodisch anspruchsvoller empirischer Analysen. Ein erster Schritt, der dazu motivieren mag, ist die Netzwerkskizze, die Lucca Möller in diesem Arbeitspapier vorlegt. Sie belegt die Vernetzung zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und (Partei-)Politik, die die Kampagnen für ökonomische Bildung in Form eines Schulfaches Wirtschaft prägen. Dahinter steht ein politisches Zweckbündnis von Wirtschaftsdidaktikern, Politikern und Organisationen aus dem wirtschaftsliberal-konservativen Lager, der unternehmerischen Privatwirtschaft und Teilen der Wirtschaftspresse. Dies lässt sich im Folgenden an einigen Exempeln kurz konkret illustrieren.

Zunächst kann man die vom Oldenburger Institut für ökonomische Bildung (IÖB) auf seiner Webseite genannten Kooperationspartner als einen beispielhaften Indikator nehmen⁵. Neben einer Gruppe von Ministerien und Hochschulen oder Instituten sowie einigen Behörden gibt es eine Gruppe von weiteren 27 Partnerorganisationen. Neun davon sind Unternehmen, elf Wirtschaftsverbände und affine Einrichtungen, sieben konservative oder unternehmensnahe Stiftungen. Alle anderen Akteursgruppen in der Wirtschaft sowie Akteursgruppen mit Bezug zur Wirtschaft wie etwa Gewerkschaften, Sozialverbände, Verbraucherorganisationen oder Umweltinitiativen kommen nicht vor.

⁵ Vgl. <http://www.ioeb.de/uploads/media/Kooperationspartner.pdf> besucht am 13.1.2011.

Im Beirat⁶ des Oldenburger Instituts finden sich neben je einem Vertreter der Wissenschaft und der Schule u.a. der Vorstandsvorsitzende eines großen Energiekonzerns, ein Fachanwalt für Arbeitsrecht (für Arbeitgeber), eine Vertreterin der Universitätsleitung, die u.a. Mitarbeiterin der CDU-Fraktion im Deutschen Bundestag war, ein ehemaliger Vorstandssprecher der Oldenburgischen Landesbank und Ehrenvorsitzender von „Der kleine Kreis“, einer regionalen, konservativen Initiative von Unternehmern zur Verbreitung ihrer Sicht von sozialer Marktwirtschaft, ein Vertreter der Bertelsmann Stiftung. „Der kleine Kreis“ finanziert auch eine Stiftungsprofessur für ökonomische Bildung an der Universität Oldenburg. Bis vor kurzem war der niedersächsische Wissenschaftsminister Lutz Stratmann (CDU) Beiratsmitglied (vgl. Fußnote 27).

Auch das Kuratorium des Zentrums für ökonomische Bildung der Universität Siegen (ZöBiS) hat eine ähnliche Struktur⁷. Unter seinen Mitgliedern finden sich neben Wissenschaftlern und Hochschulleitungsvertretern Repräsentanten des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW)⁸, das den Wirtschafts- und Arbeitgeberverbänden gehört, des Bundesverbandes Deutscher Banken und des Walter Eucken Instituts, das sich der Verbreitung des ordoliberalen Paradigmas der individualistischen Freiburger Schule sowie einer scharfen und einseitigen Staats- und Sozialstaatskritik in der Tradition Friedrich von Hayeks widmet. Danach ist der Begriff der sozialen Gerechtigkeit sinnlos (vgl. Vanberg 2006) – eine auch in den Wirtschaftswissenschaften höchst umstrittene Abwertung (z. B. Becker/Hauser 2004, Corneo 2006, 27-56, Eymard-Duverney u.a. 2010, Faber/Petersen 2006, Goodwin 2010).

Beiräte und Kuratorien dienen üblicherweise als Instrumente der Außendarstellung, Selbstverortung und Netzwerkbildung, man erhofft sich von ihnen Legitimierung, Reputation und Ressourcen. Deshalb ist die politische und wissenschaftliche Struktur der Beratungsgremien dieser beiden Institute für ökonomische Bildung bemerkenswert. Dass man ganz anders agieren und Beiräte strikt nach dem Prinzip der Autonomie der Wissenschaft besetzen kann, zeigt ein Beispiel des Leibniz-Instituts für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik⁹.

Die üblichen Vernetzungen von Wirtschaftsinteressen und Wissenschaft illustriert auch die professionell inszenierte und koordinierte Kampagne der Wirtschaftsverbände für das „Jahr der ökonomischen Bildung“, das sie für 2009/2010 ausgerufen hatten. Eine Vielzahl strategisch durchgeplanter Aufgaben waren in diesem umfangreichen und kostenträchtigen politischen Projekt zu erfüllen, etwa Kongresse, Fachtagungen, Podiumsdiskussionen, Meinungsumfragen, Stellungnahmen, Gutachten, Preisverleihungen, Pressekonferenzen, Radiosendungen, Interviews, Zeitungsartikel und Zeitschriftenbei-

⁶ Vgl. „Beirat des An-Instituts“ auf <http://www.ioeb.de/beirat> besucht am 10.4.2011.

⁷ Vgl. „Kuratorium des ZöBiS“: <http://www.uni-siegen.de/fb5/wiwi/wid/lehrstuhlteam/kuratorium/?lang=de> besucht am 12.1.2011

⁸ Das Institut selbst behauptet gar nicht erst seine Unabhängigkeit. Vgl. die Selbstdarstellung des Instituts der deutschen Wirtschaft „Wissen schafft Kompetenz. Marktwirtschaft erforschen, Marktwirtschaft erklären, Marktwirtschaft erneuern“. Köln o.J. [2009], online unter http://www.iwkoeln.de/Portals/0/pdf/iw_selbstdarstellung.pdf besucht am 23.1.2011.

⁹ Vgl. System Erde, <http://systemerde.ipn.uni-kiel.de/beirat.html> besucht am 15.1.2011.

träge. Zu den Akteuren, die diese Kampagne wesentlich getragen und unterstützt haben, gehören u.a. der Gemeinschaftsausschuss der deutschen gewerblichen Wirtschaft (15 Verbände), die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (54 Branchenverbände), der Bundesverband deutscher Banken (11 Verbände), die Industrie- und Handelskammern (insgesamt 80 Kammern), der Deutsche Industrie- und Handelskammertag als deren Dachorganisation sowie Handwerkskammern (insgesamt 53 Kammern) samt Deutscher Handwerkskammertag als Dachverband, das Oldenburger IÖB, das Handelsblatt und die Holtzbrinck-Verlagsgruppe, zu der auch Die Zeit gehört (zwei für die journalistische Begleitung der Kampagne zentrale Publikationsorgane)¹⁰, das Kölner Institut der deutschen Wirtschaft, die Bundesarbeitsgemeinschaft Schule/Wirtschaft, finanziert vom IW und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, sowie einige Wissenschaftler aus der Wirtschaftsdidaktik. Passend zum Abschluss der Kampagne im Herbst 2010 erschien das Auftragsgutachten der Wirtschaftsverbände, in dem sie eigene Bildungsstandards für die ökonomische Bildung formulieren ließen (GGW 2010).

Einen breiteren, illustrativen Überblick über das Netz, in das Akteure der ökonomischen Bildung verflochten und verstrickt sind, gibt die Skizze „Vernetzt mit Wirtschaft und Politik“ von Lucca Möller im zweiten Teil dieses Arbeitspapiers.

Die hier und in den weiteren Teilen dieses Arbeitspapiers dokumentierten Netzwerke wichtiger Akteure der Wirtschaftsdidaktik und der ökonomischen Bildung stellen sich überwiegend als sozialstrukturell, politisch und ideologisch sehr selektiv heraus. Sie drücken eine große Nähe zu den Wirtschaftseliten, zu einer einseitig an den Interessen der Anteilseigner orientierten privatwirtschaftlichen Unternehmerperspektive, zu konservativ-wirtschaftsliberalen Positionen (vgl. Schroeder 2003, 291 f.), zum davon dominierten öffentlichen Diskurs und zum orthodoxen Mainstream der Wirtschaftswissenschaften aus.

Diese strukturelle Einseitigkeit grenzt nicht nur kritische Strömungen in den Wirtschaftswissenschaften und anderen Sozialwissenschaften, sondern auch einen ganz erheblichen Teil der wirtschaftlichen Akteure und ihre Perspektiven faktisch aus: Arbeitnehmerinnen, Betriebsrätinnen und Gewerkschaften, Konsumentinnen, Anlegerinnen und Verbraucherverbände, Unternehmen der Sozialwirtschaft, Selbstständige und jenseits der Zwangsmitgliedschaft in Kammern kaum organisierte kleine Unternehmen (vgl. Schroeder 2003, 295), gemeinnützige Organisationen und zivilgesellschaftliche Initiativen, Organisationen von Wachstums- und Globalisierungskritikern, Antidiskriminierungs- und Umweltaktivisten, Sozial-, Entwicklungs- und Umweltverbände. In dieser frappierenden Selektivität erscheint Wirtschaft vor allem als eine Angelegenheit priva-

¹⁰ Akteure, Ideen und Produkte der ökonomischen Bildung werden von in das Netzwerk inhaltlich und kommerziell eingebundenen Presseorganen wie dem Handelsblatt auch redaktionell hervorgehoben und in der Öffentlichkeitsarbeit massiv gestützt, z. B. durch den 2011 zum fünften Mal stattfindenden Jahreskongress „Wirtschaft und Schule – Partner für die Zukunft“ von „Handelsblatt macht Schule“, einem Projekt der Handelsblatt GmbH, u.a. in Kooperation mit der Deutschen Vermögensberatung AG, der Deutschen Telekom Stiftung, des Unternehmensberatungskonzerns Ernst & Young sowie dem Oldenburger IÖB (http://www.handelsblattmachtschule.de/seiten/aktionen_kongress2011.php?na=4200; besucht am 8.4.2011; s.u.: Lucca Möller, Vernetzt mit Wirtschaft und Politik).

ter, erwerbswirtschaftlich orientierter Unternehmen, vor allem Großunternehmen, ihrer Interessen und Lobbyverbände sowie konservativ-wirtschaftsliberaler Parteien (vgl. Leif/Speth 2003, Schroeder 2003).

Eine solche einseitige Vernetzung von Akteuren der ökonomischen Bildung stellte dann kein großes Problem dar, wenn es andere Institute gäbe, die die hier ausgegrenzten wissenschaftlichen und politischen Strömungen und Interessengruppen einflussreich repräsentierten, so dass sich in der Summe ein *institutionalisierter* Pluralismus in der ökonomischen Bildung ergäbe, der im Ergebnis einen pluralistischen Wirtschaftsunterricht sicherte. Das ist aber nicht der Fall – und genau darin liegt eine große Gefahr für das Lehren und Lernen über wirtschaftliche Themen an öffentlichen Schulen.

Interessen an ökonomischer Bildung

Eine Reihe grundsätzlicher Argumente spricht dafür, der Frage „Wer kooperiert mit wem?“ im Feld der ökonomischen Bildung besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Folgte man einmal versuchsweise der ökonomischen Verhaltenstheorie – die eine Reihe von Wirtschaftsdidaktikern als den Kern ökonomischer Bildung sehen – wäre davon auszugehen, dass Akteure typischerweise im Durchschnitt eigennützig und rational handeln und im Kosten-Nutzen-Vergleich systematisch immer die aus ihrer Sicht für sie vorteilhafteste Handlungsoption auswählen. Aus dieser theoretischen Perspektive könnte man also annehmen: Wenn wirtschaftliche Verbände und politische Gruppierungen ihre finanziellen, personellen, organisatorischen, medialen und politischen Ressourcen für die Durchsetzung eines Pflichtfachs Wirtschaft an allgemein bildenden Schulen einsetzen, versprechen sie sich von dieser Investition mehr oder weniger konkrete Vorteile. Aus der empirischen Analyse, welche Verbände und politischen Organisationen ihre Ressourcen für ein Schulfach Wirtschaft einsetzen, könnte man dann also gewisse Rückschlüsse darauf ziehen, welche Interessen sich auf dieses neue Fach richten und welchen Interessen es aus Sicht dieser Akteure dienen soll.

Aus der spezifischen Perspektive dieser ökonomischen Verhaltenstheorie dürfte eine autonome, selbstbewusste, kritische, über den Markt und die üblichen Manipulationen¹¹ gut informierte Anlegerin, die gegenüber den Strategien der an Gewinnmaximierung orientierten Wertpapierverkäufer weitgehend immun ist, kaum das Hauptmotiv des Bankenverbandes sein, aus dem heraus er ökonomische Bildung fordert und fördert. Gemäß den Annahmen dieser Theorie dürften die Verbände der gewerblichen Wirtschaft wenig daran interessiert sein, dass man in einem Fach Wirtschaft lernt, wie

¹¹ Hier wäre genauer zu prüfen, inwieweit der Wandel vom Leitbild der kundenorientierten Beratung zum opportunistischen bankorientierten Verkaufen (nicht selten im doppelten Sinne des Wortes) als eine Parallele zur oder Folge der Liberalisierung des deutschen Aktien- und Finanzmarktes anzusehen ist, die wiederum auf entsprechenden wirtschaftswissenschaftlichen Paradigmen und Empfehlungen gründet (vgl. z. B. Remer 2008, Salzmann 2009). Allerdings müsste dabei die These des „parteilichen Paradox des Finanzmarktkapitalismus“ in die Analyse einbezogen werden (Cioffi/Höpner 2006; vgl. auch Mügge 2010).

es Wirtschaftsverbänden gelingt, sich privilegierten Zugang zur Politik zu verschaffen, um nach Möglichkeit Regeln durchzusetzen, die den eigenen ökonomischen und politischen Interessen nützen (vgl. z. B. Priddat 2009). Und wenn das Deutsche Aktieninstitut ökonomische Bildung als einen Beitrag zur Entwicklung und Verbreitung einer Aktienkultur versteht, mag das der Vermögensbildung breiter Bevölkerungsschichten dienen oder nicht – die Einnahmen der Banken erhöht jede zusätzliche Wertpapiertransaktion in jedem Fall. Ebenso verspricht die seit Jahren propagierte private Altersvorsorge ein starkes Wachstum bei Prämien, Provisionen und Profiten.

Auch sozialpsychologisches und soziologisches Standardwissen spricht dafür, die Frage, wer mit wem vernetzt ist und in welcher Sache kooperiert, kritisch zu prüfen. Gut belegt ist der Konformitätsdruck, der von sozialen Gruppen ausgeht und zu einem mehr oder weniger homogenen Gruppendenken führt. Zu diesem Basiswissen gehört auch das Phänomen der normativen Konformität, d.h. der starken Neigung, sich der Bezugsgruppe anzupassen und deren Erwartungen zu erfüllen, um akzeptiert zu werden (z. B. Portes 1998). Das gilt besonders, wenn man sich an einer sozialen Gruppe orientiert oder mit ihr identifiziert, die als höherrangig, angesehener, mächtiger oder wohlhabender wahrgenommen wird. Kontakte mit ihr versprechen Zugang zu Anerkennung, Status, Reputation, Geld, Einfluss und Macht.

Dieser ganz allgemeine Konformitätsdruck konkretisiert sich, wenn die Forschung und die Entwicklung von Lehr-Lern-Materialien vorwiegend von Seiten bestimmter wirtschaftlicher Interessengruppen finanziert werden. Diese Geldgeber haben ein Interesse daran, dass die wirtschaftlichen (und politischen) Akteure, Vorstellungen, Ziele und Politikrichtungen, die sie jeweils vertreten, in der Schule in einem möglichst vorteilhaften Licht erscheinen. Das gelingt am besten, wenn die Schülerinnen und Schüler ein wirtschaftsliberal-konservatives Wirtschaftsweltbild als das „richtige“ verinnerlichen, das ihnen die Regeln, die diesen fremden Interessen und Vorstellungen dienen, von vornherein als in ihrem eigenen Interesse liegend erscheinen lässt. „Akzeptanz herstellen für die Soziale Marktwirtschaft“ heißt die dafür übliche politische und wirtschaftsdidaktische Formel (vgl. für die 1950er und 1960er Jahre Schindelbeck/Ilggen 1999). Ein Wirtschaftsunterricht, der dies im Großen und Ganzen erreichte, wirkte als strategische Ressource zur langfristigen Absicherung organisierter ökonomischer und politischer Interessen und Ideologien – und das hieße, wie unsere explorativen Studien nahe legen, zur Verankerung eines wirtschaftsliberal-konservativen Wirtschafts- und Weltbildes in den Köpfen der Lernenden.

Ein solcher Unterricht widerspräche aber den Grundsätzen des öffentlichen allgemein bildenden Schulwesens in einer pluralistischen, demokratischen Gesellschaft. Auch die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften entwickeln ein durchaus pluralistisches Spektrum von Wirtschaftsbildern (vgl. z. B. Akerlof/Kranton 2010, Akerlof/Shiller 2009, Bauer 2006, Beckert u.a. 2007, Beinhocker 2006, Bendixen 2003, Brodbeck 1998, Bürgermaier 1994, Bujard u.a. 2011, Etzioni 1997, Fehr 2006, Fligstein 2011, Galbraith 1998, Gorz 2010, Hodgson 2009, Sennett 2005, Windolf 2005 – um hier nur einige zu nennen).

Um diese Zusammenhänge zwischen Wissenschaft, wirtschaftlichen Interessen und politischen Positionen zu begründen, kann man ganz und gar auf verschwörungstheoretische Argumente verzichten. Vielmehr sorgen die gängigen sozialen, sozialpsychologischen und ökonomischen Mechanismen ganz ohne das bewusste Handeln der Akteure dafür, dass die Ergebnisse interessengruppenfinanzierter Forschung und Entwicklung in der Regel nicht allzu weit von den interessierten Erwartungen der Finanziers abweichen. Auch eine vorgängige mentale, politische und gesellschaftliche Affinität zwischen Forschern und Geldgebern, die zu vielfältigen Formen freiwilliger Kooperation führt, mag dazu beitragen. Es ist mehr als plausibel, dass das Geflecht aus Gesinnung, Gewogenheit, Geld, Gelegenheit und Gegenleistung konformitätsfördernd wirkt. Sollte der Grad an Nonkonformität dennoch zu groß werden, verfügt jeder Finanzier über fein dosierbare Mittel, dem entgegen zu wirken.

Dennoch können die Forscherin und der Forscher – und das ist wirklich wichtig! – in jedem Einzelfall auch *anders* entscheiden, von der Regelerwartung abweichen und kritische Wissenschaft betreiben. Deshalb ist eine genaue empirische Prüfung notwendig, ob und wie sich die persönlichen, politischen und pekuniären Verflechtungen auf die jeweiligen Konzeptionen ökonomischer Bildung und auf die konkreten Lehr-Lern-Materialien *tatsächlich* auswirken.

Wirtschaft als Fach der Wirtschaft?

An Hinweisen auf konkrete politische und paradigmatische Einseitigkeiten ökonomischer Bildung mangelt es nicht. Einiges deutet darauf hin, dass sich die hochselektive soziale und politische Struktur der Vernetzung sowohl in den Konzeptionen als auch in den Materialien für die ökonomische Bildung niederschlägt, die hier angeführte Akteure produzieren. An dieser Stelle mögen einige wenige explorative Exempel genügen; genauere und repräsentative Untersuchungen dazu stehen noch aus.

Die bekannten und mit einigem Investment in Ressourcen für die Öffentlichkeitsarbeit breit gestreuten Publikationen, die Konzeptionen ökonomischer Bildung vorstellen, wurden von Organisationen bezahlt, die die Interessen der privaten unternehmerischen Wirtschaft oder konservativer politischer Parteien vertreten. Das „Memorandum zur ökonomischen Bildung“ wurde vom Deutschen Aktieninstitut finanziert (DAI 1999). Das Curriculum „Soziale Marktwirtschaft stärken – Kerncurriculum ökonomische Bildung!“ entstand aus der Initiative „Schule und Wirtschaft“ der Konrad-Adenauer-Stiftung und wurde von ihr gefördert (Kaminski u.a. 2001). Das Geld für die „Konzeption für die ökonomische Bildung als Allgemeinbildung von der Primarstufe bis zur Sekundarstufe II“ (Kaminski u.a. 2008) kam vom Bundesverband deutscher Banken. Die jüngste Studie „Ökonomische Bildung an allgemeinbildenden Schulen – Bildungsstandards, Standards für die Lehrerbildung“ ist eine Auftragsarbeit für die im Gemeinschaftsausschuss der deutschen gewerblichen Wirtschaft organisierten Interessenverbände (GGW 2010).

Konzeptionen ökonomischer Bildung werden also im Public-Private-Partnership ausgerechnet von den Verbänden finanziert, die ein starkes Interesse haben, dass ihre Sicht

der ökonomischen und politischen Dinge im Unterricht dominiert. Hinzu kommt, dass ein nicht unerheblicher Teil ihrer Mitglieder und zum Teil auch die Verbände selbst als die Hauptverursacher genau der Probleme von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen gelten können, die die ökonomische Bildung mit ihren eher unzureichenden Mitteln mühsam bearbeiten muss: gezielt konstruierte Intransparenz von Märkten und Produkten, harter Widerstand gegen Politiken zur Erhöhung der Markt- und Produkttransparenz, vielfältige Strategien zur Manipulation von Verbraucherwünschen und Konsumhandeln, Behinderung vernünftigerer Konsum-, Berufs- und Anlageentscheidungen, vorsätzliche Verdunkelung der durch Produktion und Konsum ökologisch, sozial, mental und gesundheitlich verursachten Schäden, nachhaltige Lobbyarbeit gegen die Anwendung des Verursacherprinzips bei solchen Schäden, Ausdehnung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, Druck auf Wertpapierverkäufer, gegen die Kundeninteressen zu handeln, Ökonomisierung der Lebenswelten und Lebensläufe.

Für den Versuch der Einflussnahme der Wirtschaftsverbände auf die Wissenschaft der Wirtschaftsdidaktik steht auch die jüngste Auftragsforschung zur Entwicklung von Bildungsstandards (GGW 2010). Die Deutsche Gesellschaft für ökonomische Bildung hatte als wissenschaftliche Fachgesellschaft bereits für alle Stufen der allgemein bildenden Schulen Bildungsstandards entwickelt und veröffentlicht (DeGöB 2004, 2006, 2009). Die Wirtschaftsverbände ignorierten diesen Stand der wissenschaftlichen Diskussion und definierten neue, formal und inhaltlich weiter entwickelte Bildungsstandards, die die eigenen Interessen wohl besser als bisher berücksichtigen sollen. Dieses Gutachten „ist wissenschaftlich und politisch einseitig, indem es eine einzige Weltanschauung für alle(s) propagiert, einseitig Partei für die Unternehmerperspektive ergreift und Effizienz als dominantes Bewertungskriterium bevorzugt“ (Hedtker/ Famulla/ Fischer/ Weber/ Zurstrassen 2010, 3).

Im Übrigen pflegen Spender und Sponsoren aus Unternehmen und Stiftungen ihre Gelder für die ökonomische Bildung sorgfältig zu platzieren. So ist es nichts Ungewöhnliches, dass Wissenschaftler und Organisationen, die aus Sicht ihrer Förderer zu kritisch argumentieren oder auch nur zu viel Kritik an deren Positionen und Interessen zulassen, mit dem Entzug von Fördermitteln bestraft werden. Umgekehrt werden diejenigen Wissenschaftler besonders gefördert, auf deren Affinität und Loyalität die (interessen-)politisch motivierten Finanziere sich zu verlassen glauben können. Die oben angeführte Serie der Gutachten zur ökonomischen Bildung ist nur ein Beispiel dafür. Bei dieser Art von „Public-Private-Partnership“ *versuchen* diese privaten, wirtschaftsverbandlichen oder parteinahen Forschungsförderer ihre politischen, paradigmatischen und ideologischen Positionen durchzusetzen, um Wissenschaft für ihre eigenen interessen- und bildungspolitischen Strategien so weit wie möglich zu instrumentalisieren. Wie weit sie damit erfolgreich sind, ist eine empirisch schwierig zu klärende Frage, da die Formen der Einflussnahme oft professionell subtil bleiben oder man sich auf antizipative Akzeptanz verlassen kann. Auch werden Akte der Beeinflussung weder archivalisch erfasst noch öffentlich zugänglich gemacht. Die Frage der möglichen finanziellen Abhängigkeit wissenschaftlicher Einrichtungen und Akteure der ökonomischen Bildung

von Aufträgen aus der unternehmerischen Privatwirtschaft und ihren Verbänden verlangt nach sorgfältigen Untersuchungen.

Aber auch die wirtschaftsdidaktische Forschung selbst setzt asymmetrische Akzente. Bisher vernachlässigte sie die Bildungsinteressen von zukünftigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Zumindest in der Vergangenheit und gemessen an wirtschaftsdidaktischen Publikationen standen Fragen des Wissens und der Handlungskompetenz aus Arbeitnehmerperspektive am Rand der wissenschaftlichen Aktivitäten¹²: Von insgesamt 138 untersuchten Aufsätzen aus dreizehn Jahren beschäftigte sich keiner mit der Rolle der Arbeitnehmerin und ihr affinen Themen (Hedtke/Assmann 2008, 5). Zwei Drittel dieser Texte behandelte dagegen die Rolle der so genannten „Wirtschaftsbürgerin“ und widmete sich aus volkswirtschaftlicher Perspektive im weiteren Sinne wirtschaftspolitischen Fragen.

Zu Fragen der unternehmerischen Selbstständigkeit und Entrepreneurship Education existiert dagegen eine beachtliche Zahl an wirtschaftsdidaktischen Publikationen (vgl. z. B. Ebbers 2008, Weber 2002, Wiepcke 2008). Politisch erwartet und finanziell gefördert entsteht hier ein eigener Strang der Wirtschaftsdidaktik. Hier findet man auch eine Art von Arbeitnehmerorientierung, die sich allerdings paradigmatisch auf die Unternehmermentalität bezieht, die man als Person entwickeln soll, um sich selbst beschäftigungsfähig zu machen, um, wenn man dann dadurch Arbeit findet, als Intrapreneur unternehmerisch zu agieren (vgl. z. B. Wiepcke 2009 und 2010). In dieser Perspektive wird Arbeitnehmerorientierung zur Unternehmerorientierung: Arbeitnehmer sollen wie Unternehmer denken und handeln, und Schulen und Hochschulen sollen das vorbereiten und sicherstellen.

Noch wichtiger und wirksamer als das hier Aufgeführte sind die Unterrichtsmaterialien, die Konzerne, Wirtschaftsverbände und andere Lobbyisten in großer Zahl meist kostenlos produzieren, breit in die Schulen streuen und auch online leicht zugänglich machen. Hinzu kommen zahlreiche Formen von so genannten Praxiskontakten, sei es, dass Unternehmensrepräsentanten in den Unterricht und die Lehrerfortbildung oder Schüler und Lehrer in die Unternehmen kommen sowie organisierte Unternehmenssimulationen.

Einige Beispiele für Plattformen einschlägiger Akteure mit Material- und Kontaktangeboten im Internet seien hier aufgeführt:

- das arbeitgebereigene Institut der deutschen Wirtschaft Köln mit „Schule & Unterricht“ auf www.iwmedien.de und www.juniorprojekt.de, das bei Unterrichtsmaterialien eng kooperiert mit

¹² Analysiert wurde das Sample der wirtschaftsdidaktischen Aufsätze, die in den Jahressbänden der Deutschen Gesellschaft für ökonomische Bildung 1995-2007 publiziert wurden (DeGöB 2007).

- der Bundesarbeitsgemeinschaft SchuleWirtschaft¹³ der Arbeitgeberverbände mit www.schule-wirtschaft.de, 15 Landesverbänden und rund 450 regionalen Arbeitskreisen,
- die Citigroup Foundation und das Institut der Deutschen Wirtschaft Köln mit www.oeconomix.de und dem Slogan „Begeisterung für Wirtschaft, Finanzen und ökonomisches Handeln“,
- der Bundesverband deutscher Banken mit www.schulbank.de und dem Motto „Ökonomische Bildung – Wirtschaft für den Unterricht“,
- die Handelsblatt GmbH im Holtzbrinck-Konzern, die mit dem Portal www.handelsblattmachtschule.de¹⁴ „Schultäglich aktuelles Wissen“ verspricht,
- die Initiative Finanzstandort Deutschland (IFD)¹⁵ mit www.kursraumgeld.de, dem „Informationsportal rund um das Thema Geld im Schulunterricht“,
- die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft mit www.wirtschaftundschule.de,
- die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft mit dem marktliberal geprägten Planspiel MACRO unter www.macro-planspiel.de,
- das Institut Unternehmen und Schule GmbH mit www.portal-schule-wirtschaft.de¹⁶,
- der Initiativkreis „Unternehmergeist in die Schulen“ mit www.unternehmergeist-macht-schule.de¹⁷,

¹³ Die Bundesarbeitsgemeinschaft SchuleWirtschaft, so ihre Selbstdarstellung, „initiiert und gestaltet den Dialog und die Kooperation zwischen Schulen und Wirtschaft, fördert die ökonomische Bildung“ (vgl. <http://www.schulewirtschaft.de/index.php?id=72> besucht am 11.4.2011); ihr Kooperationspartner ist auch „Handelsblatt macht Schule“. Dass SchuleWirtschaft von den Arbeitgeberverbänden getragen wird, verschweigt die Rubrik „Wir über uns“ aber.

¹⁴ Gefördert u.a. von Deutsche Telekom Stiftung, Deutsche Vermögensberatung AG, Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, dem Energie- und Kommunikationskonzern EWE AG Oldenburg, Hewlett-Packard und dem globalen Private-Equity-Konzern One Equity Partners (vgl. http://www.handelsblattmachtschule.de/seiten/sponsoren_ueberblick.php besucht am 12.4.2011).

¹⁵ Allianz, Bayern LB, Bundesministerium der Finanzen, Commerzbank, DekaBank, Deutsche Bank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse, KfW-Bankengruppe, Morgan Stanley, Münchener Rück, Bankenverband, Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, Deutscher Sparkassen- und Giroverband, Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft, HypoVereinsbank-Group (vgl. <http://www.kursraumgeld.de/initiatoren-und-verbaende/auflistung-aller-beteiligten-initiatoren-und-verbaende.html> besucht am 12.4.2011). Laut Presseberichten hat sich die IFD zum 1.4.2011 aufgelöst, weil sie einigen Mitgliedern aus der Versicherungswirtschaft inzwischen zu bankenlastig geworden sei (http://www.lobbypedia.de/index.php/Initiative_Finanzstandort_Deutschland besucht am 14.4.2011).

¹⁶ Der Aufbau des Portals wird unterstützt von Deutscher Telekom und METRO Group (vgl. <http://www.portal-schule-wirtschaft.de/foerderer> besucht am 12.4.2011).

¹⁷ Getragen u.a. von Bankenverband, Boston Consulting Group, Achievers International, vom Institut der deutschen Wirtschaft (Junior – Schüler als Manager), dem Network For Teaching Entrepreneurship (NFTE, <http://www.nfte.de/>), gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (vgl. <http://www.unternehmergeist-macht-schule.de/cae/servlet/contentblob/10904/publicationFile/595/Flyer-unternehmergeist.pdf> besucht am 12.4.2011). Die Online-Unternehmenssimulationsprojekt Achievers International mit dem Motto „Schülern die Macht geben, Schlüsselfähigkeiten und eine unternehmerische Einstellung zu entwickeln“ und NFTE gehören zum englischen Enterprise Education Trust, der „empowers young people to realise their potential through business and enterprise“. Diesen gemeinnützigen Trust fördern u.a. Coca Cola Enterprises, Deutsche Bank, Merrill Lynch, Pricewaterhouse Coopers, Vodafone UK Foundation (vgl. http://www.enterprise-education.org.uk/home.php?mod=about_us;

- Allianz AG, McKinsey und Grey mit www.myfinancecoach.de und dem Leitspruch „Deine Welt, dein Geld“,
- das Portal „Hoch im Kurs“ der Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung e.V. in Kooperation mit dem Bundesverband Investment und Asset Management e.V. zum Themenfeld „Geld – Markt – Wirtschaft“ (www.hoch-im-kurs.de)¹⁸,
- die Boston Consulting Group wirbt mit www.business-at-school.net für „Eine Idee macht Schule“,
- die Kompetenzplattform www.schule-trifft-wirtschaft.de bietet „kostenloses Unterrichtsmaterial aus der Wirtschaft für die Schulen“¹⁹,
- die Stiftung Partner für Schule NRW mit www.partner-fuer-schule-nrw.de²⁰ unter der Losung „Zukunft gestalten – Partnerschaft leben“.

Neben diesen direkt auf ökonomische Bildung in Schulen zielenden Angeboten und Aktivitäten existiert eine große Vielfalt weiterer Vorstöße wirtschaftsverbandlicher und unternehmerischer Akteure. Selbst im Lese- und Lernmaterial der Stiftung Lesen nisten sich privatwirtschaftliche Interessen ein, etwa in Form von dort aufgenommenen Public Relations-Broschüren der Deutschen Bahn AG oder der Frankfurter Wertpapierbörse (<http://www.stiftunglesen.de>).

Betrachtet man die oben genannten Akteure, Förderer und Sponsoren ökonomischer Bildung insgesamt, fällt eine gewisse Dominanz von Unternehmen und Verbänden der Finanz- und Versicherungsindustrie ins Auge, die auch mit den Parteien des konservativ-liberalen Spektrums beste Beziehungen pflegen²¹. Diese Beobachtung wäre eine tiefer gehende Analyse wert²².

<http://www.achieversinternational.org/de/ziele.html>). Es gibt enge Verbindungen zu Rotary Clubs. Zu den Sponsoren des NFTE zählen außerdem u.a. die globale Wirtschaftskanzlei Linklaters, UBS Warburg, Barclays Capital, Morgan Stanley und der Private Equity Investment-Konzern Apax, (http://www.nfte.co.uk/index.php?mod=nfte_supporters; alle besucht am 13.4.2011).

¹⁸ Beim Thema Markt finden sich häufiger Verweise auf die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.

¹⁹ Sie wird gesponsert von Deutscher Post AG und METRO Group und verspricht den Unternehmen: „Wir werben für Ihr Unterrichtsmaterial“ und den Lehrkräften „Unterrichtsmaterial schnell und einfach finden“ (vgl. http://www.schule-trifft-wirtschaft.de/index.php?option=com_content&task=view&id=18&Itemid=28 besucht am 11.4.2011).

²⁰ Stiftung der Wirtschaft und der Landesregierung Nordrhein-Westfalen mit zahlreichen Unternehmen als Stiftern. Im Stiftungsrat vertreten sind neben Ministerialen und Schule u.a. Handelsblatt, Gelsenwasser AG und Intel Europe (vgl. <http://www.partner-fuer-schule-nrw.de/werwirsind.php> besucht am 12.4.2011).

²¹ Ein Beispiel unter vielen sind Großspenden an CDU, CSU und FDP im Jahr des Bundestagswahlkampfes 2009 (vgl. „Parteispenden: Finanzbranche unterstützt die FDP“ in: manager magazin vom 13.9.2009 (<http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,648666,00.html> besucht am 16.4.2011).

²² Insbesondere vor dem Hintergrund, dass diese Branche von der Liberalisierung der Finanz- und Versicherungsmärkte sowie der politisch geforderten und geförderten privaten Altersvorsorge stark profitiert, dass Regierungen (und damit ganze Volkswirtschaften) nach der Weltfinanzkrise in bisher unvorstellbarem Umfang für deren Risiken haften mussten und dass die Branche und eine Reihe prominenter Unternehmen im Fokus der öffentlichen Kritik stehen. Konterkritische ökonomische Bildung erscheint dann neben dem üblichen Lobbying als eine durchaus sinnvolle Strategie.

Klare Positionen

Erste Stichproben zeigen, dass die Unterrichtsmaterialien der Wirtschaftsverbände nicht selten wissenschaftlich und politisch tendenziös sind, den Lernenden oft keinen oder kaum Raum für freies Nachdenken und eigenständige Urteilsbildung geben und so letztlich latent oder manifest manipulativ zugunsten bestimmter Welt- und Wirtschaftsbilder, Akteursgruppen und Interessenpositionen wirken (z. B. Görner 2010, 27-31).

Im Folgenden stelle ich einige fragwürdige Exempel aus einzelnen Lehr-Lern-Materialien kurz vor. Inwieweit diese typisch oder gar repräsentativ sind, kann ich im Rahmen dieser Vorstudie nicht prüfen. Auch kann man aus den hier kritisierten Passagen *keinesfalls* automatisch auf das gesamte Material schließen. Besonders anfällig für Einseitigkeiten scheinen politisch relevante Themen wie Wirtschaftsordnung und Marktwirtschaft, Sozialpolitik sowie Einkommens-, Vermögens- und Steuerpolitik zu sein. Andere Themenfelder mögen durchaus pluralistischer präsentiert werden; das bedarf aber weiterer Untersuchungen.

Auch den wirtschaftlichen Verflechtungen und Abhängigkeiten zwischen den Akteuren und Initiativen, Wirtschaftsverbänden und Parteien im Feld der ökonomischen Bildung kann hier nicht weiter nachgegangen werden. Die finanziellen Hintergründe verdienen aber eine gründliche Analyse, nicht nur für die Ebene der schulischen Bildung, sondern auch für Universitäten, Lehrerausbildung und Lehrerfort- und -weiterbildung. Das indizieren etwa die Vernetzung von Finanzindustrie, FDP, Universum Verlag und anderen Bildungsanbietern²³, das Geflecht von Firmen, Vereinen und Geschäftsbeziehungen um das Institut für ökonomische Bildung an der Universität Oldenburg (vgl. <http://www.ioeb.de/>)²⁴, eSessions der staatlichen bayrischen Lehrerfortbildungsakademie in Dillingen zur ökonomischen Verbraucherbildung, die Vertreterinnen der My Finance Coach Stiftung GmbH von Allianz, McKinsey und Grey durchführen²⁵, oder die

²³ So erscheinen z. B. eine Reihe der öffentlich breit gestreuten Materialien zur ökonomischen Bildung der Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung e.V. zu Finanzthemen, sozialer Sicherung und Vorsorge in Kooperation mit Interessenverbänden wie dem Bundesverband Investment und Asset Management e.V. oder dem Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (z. B. das Medienpaket „safety1st Soziale Sicherung und private Vorsorge“ oder die Broschüren „Hoch im Kurs“ (www.hoch-im-kurs.de); vgl. Jugend und Bildung 2009 und 2010). Sie werden sämtlich vom Wiesbadener Universum Verlag verlegt, der zum Firmengeflecht der FDP gehört und u.a. Unterrichtsmaterialien für Wirtschaftsverbände produziert (Denkler 2010, Menke 2010) sowie über den liberal Verlag Dienstleistungen für die FDP anbietet (www.liberalverlag.de) und das Online-Portal www.liberales.de konzipierte und redaktionell betreut. Die in den Unterrichtsmedien jeweils genannten Fachberater kommen mehrheitlich aus der Finanzindustrie, deren Interessenverbänden und anderen Wirtschaftsverbänden.

²⁴ Die Institut für Ökonomische Bildung gGmbH und die Ende 2008 gegründete Institut für Ökonomische Bildung Projekt GmbH hatten 2009 eine Bilanzsumme von zusammen fast 1,75 Mio. €; Geschäftsführer bei beiden sind Hans Kaminski und Katrin Eggert; die IÖB-Tochtergesellschaft Ökonomie & Bildung gGmbH ging 2009 in der IÖB gGmbH auf. Die nicht gemeinnützige Projekt GmbH entwickelt Lehr-Lern-Bausteine, Medien und Weiterbildungskonzepte und führt Forschungsprojekte durch (vgl. Handelsregister B des Amtsgerichts Oldenburg und Jahresabschlüsse im Unternehmensregister des Bundesanzeiger Verlags auf <https://www.unternehmensregister.de/> besucht am 12.4.2011).

²⁵ Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung (ALP), Dillingen, eine Einrichtung des Kultusministeriums (http://elearning.alp.dillingen.de/images/Download/schulaushang_esessions_q4_h80.pdf besucht am 8.4.2011).

Werbung der Finanzstrukturvertriebe um Nachwuchskräfte in Lernmaterialien zur finanziellen Allgemeinbildung (s. u.).

Auch wirtschaftsnahe Stiftungen wie etwa die Network For Teaching Entrepreneurship Deutschland e.V. (NFTE, vgl. Fußnote 17) bieten dreitägige Lehrerfortbildungen u.a. im Rahmen staatlicher Einrichtungen und Programme an, die zum Certified Entrepreneurship Teacher (CET) qualifizieren und von beim NFTE ausgebildeten Certified Entrepreneurship Teachers Instructors geleitet werden²⁶. Die CET setzen dann in den Schulen den „NFTE-Lehrplan“ um. Allerdings geht es hier nicht nur um unternehmerische Kompetenzen, sondern auch um einen allgemeinen Mentalitätswandel durch die „gezielte Förderung und Motivation zu selbstständige[m] und aktiverem Handeln“.

Wirtschaftsverbände und Konzerne versuchen also nicht nur eigene Fortbildungsveranstaltungen zahlreich und breit anzubieten, etwa über die Arbeitsgemeinschaften SchuleWirtschaft der Arbeitgeberverbände. Neben der Strategie, Schülermaterialien breit in die Schulen zu streuen und Lehrkräfte mit fertig ausgearbeiteten Unterrichtseinheiten zu versorgen, wollen sie vielmehr auch direkt und indirekt auf die staatliche Lehrerfortbildung Einfluss nehmen. Das erinnert an die Praxis der Pharmabranche, die – neben massiver Produktwerbung bei Laien und Professionellen – auch mittels gezielt zugeschnittener, inhaltlich von den Unternehmen kontrollierter Fortbildungsangebote ärztliche Therapiepräferenzen und Medikationen im eigenen Interesse zu beeinflussen versteht (vgl. Jantzer 2003, Langbein 2003).

Es scheint nicht übertrieben zu sein davon auszugehen, dass sich das Geschäftsfeld der ökonomischen Allgemeinbildung zu einer Wirtschaftsbranche ausdifferenziert; diese Branche Ökonomische Bildung wird auch mit Steuergeldern subventioniert²⁷. Die auf dem Markt der ökonomischen Bildung tätigen Anbieter scheinen auf immer neue

²⁶ „NFTE gibt ihnen die Chance zu einer hochklassigen, praxisorientierten und für sie kostenlosen Weiterbildung im Bereich der Wirtschaft. Die Kosten für die Seminare trägt in der Regel NFTE und/oder die NFTE Partner“ (<http://www.nfte.de/lehrer/lehrer.php>, <http://www.nfte.de/lehrer/ausbildung.php>, <http://www.nfte.de/lehrer/curriculum.php>, <http://www.nfte.de/sponsoren/unterstuetzung.php> besucht am 13.4.2011). Zu den wichtigen Sponsoren von NFTE gehört die Stiftung Charité der Unternehmerin Johanna Quandt, Großaktionärin von BMW und wie andere Familienmitglieder durch Parteispenden eng mit der CDU, in geringerem Umfang mit der FDP verbunden (http://www.focus.de/politik/deutschland/tid-17256/parteispenden-grossspenden-an-die-cdu_aid_480448.html besucht am 13.4.2011). „Die Stiftung (...) sieht sich als Stiftung neuen Typs (...) Sie setzt dabei auf den Einsatz unternehmerischer Mittel und möchte gezielt Unternehmerpersönlichkeiten im Bereich der Charité identifizieren, ermuntern und fördern“. Zu den Partnern der Stiftung zählt auch die Deutsche Bank (<http://www.stiftung-charite.de/> besucht am 13.4.2011).

²⁷ Das Institut für Ökonomische Bildung GmbH Oldenburg erhält auf Beschluss der FDP- und CDU-Fraktion seit 2008 vom niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur eine institutionelle Förderung in Höhe von 0,5 Mio € jährlich (Haushaltsplan 2011, Einzelplan 06, Kap. 0607, Titel 685 37-9, Fkt. 165; S. 70). Mit dieser Summe förderte das Kultusministerium die Landeszentrale für politische Bildung, die der Kultusminister Bernd Busemann, CDU, zum Ende 2004 ersatzlos auflöste. Der von 2003 bis 2010 amtierende Wissenschaftsminister Lutz Stratmann, CDU, vertritt den Wahlkreis Oldenburg und ist seit Jahren Beiratsmitglied des IÖB. Seit 2002 haben eine Reihe von Kultusministerien für viel Geld ein Lehrerfortbildungspaket „Ökonomische Bildung online“ gekauft, ein Gemeinschaftsprojekt von Bertelsmann Stiftung, Ludwig-Erhard-Stiftung, Heinz Nixdorf Stiftung und Stiftung der Deutschen Wirtschaft, und im Public Private Partnership unterstützt von der EWE AG. Die Bertelsmann Stiftung hat dafür „innerhalb kürzester Zeit mit allen anderen Trägern (...) gut 2,6 Millionen Euro bewegt“ (so deren Kuratoriumsvorsitzender Thielen in seiner Rede zur Vertragsunterzeichnung am 26.2.2002 in Hannover). Weitere Subventionen und Förderungen warten auf eine Analyse.

Absatzmöglichkeiten angewiesen zu sein und deshalb fortlaufend didaktische Neuheiten wie etwa „Finanzielle Allgemeinbildung“ und jüngst „Energiebildung“ zu entwickeln und Produktpakete dazu anzubieten (EWE/IÖB 2010, IÖB 2007-2009). Auch die Ökonomie der ökonomischen Bildung verdient also eine eigenständige Analyse: Nicht nur die politisch-ideologischen Interessen „der“ Wirtschaft richten sich auf ökonomische Bildung, sondern sie ist auch von ganz konkreten wirtschaftlichen Interessen geprägt. Neben der politischen Frage „Wer mit wem?“ rückt so die kommerzielle Frage „Wem nützt die ökonomische Bildung?“ ins Zentrum der Aufmerksamkeit. So erscheint auch die Forderung nach einem eigenständigen Schulfach Wirtschaft in einem neuen Licht, sicherte es dieser Branche des Bildungsmarktes doch ein dauerhaftes Auskommen.

Der Bundesverband deutscher Banken betont beispielsweise im Schülerheft „WIE? Wirtschaft erleben“ die „Freiheit bei der Nutzung des Eigentums“ als wesentliches Prinzip der sozialen Marktwirtschaft; über die im Grundgesetz verankerte Gemeinwohlbindung verliert er aber kein Wort (Bankenverband 2005, 15). Die 112 Seiten umfassende Unterrichtseinheit „Wirtschaftsordnung“ des Handelsblatts und des Oldenburger IÖB kommt ganz ohne eine Thematisierung des Aspekts Gemeinwohl aus (Kaminski u.a. 2007, vgl. z. B. S. 53). Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) macht den Schülerinnen und Schülern unmissverständlich klar, worum es ihr in Sachen „Freiheits- und Eigentumsrechte“ politisch geht: „In Großbritannien und den USA sind diese Rechte geradezu heilig, in Deutschland aber werden sie schon vom Grundgesetz drastisch eingeschränkt: In Artikel 14 Absatz 2 heißt es: ‚Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.‘ Zugegeben, dieses Gebot ist ohne Zweifel gut gemeint, doch von einer freiheitlichen Wirtschaftsverfassung zeugt es nun wirklich nicht.“ (INSM 2007, 21). Mit der „kapitalistischen Gemeinschaftswohlmaschine“ nach Adam Smith, so die Lobbyorganisation, funktioniert es besser: „Man kippt oben Eigeninteresse hinein – und schwups, kommt unten Gemeinwohl heraus“ (INSM 2007, 10). Ähnlich einseitig präsentiert sich das Kapitel „Eigentum: Grundlage der Marktwirtschaft“ in der umfangreichen Lose-Blatt-Sammlung „Wirtschaft – Materialien für den Unterricht“ des Bankenverbandes (Bankenverband 2009, 41-48).

Nicht selten verengen Lehr-Lern-Materialien das wissenschaftliche und politische Spektrum auf eine einzige Grundposition und stellen nur diese den Lernenden vor. Besonders ausgeprägt ist dies bei Materialien, die sich mit Wirtschaftsordnung oder Sozialpolitik auseinandersetzen. Das illustriert die „Unterrichtseinheit Wirtschaftsordnung“ des Oldenburger Instituts für ökonomische Bildung und des Handelsblattes (Kaminski u.a. 2007). Sie bietet zum politischen Thema „Ausgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft“ zwei ausführliche Quellentexte, die das sozialpolitisch motivierte „Abweichen von marktwirtschaftlichen Grundsätzen“ kritisieren, eine „freie Marktwirtschaft“ mit „sozialer Sicherung, die der Marktwirtschaft konform ist“ fordern, die „eigentliche soziale Frage unserer Zeit“ als „Wie schaffen wir mehr wirtschaftliche Dynamik und mehr Arbeitsplätze?“ definieren und eine „Inflation der Ansprüche“ kritisieren (Kaminski u.a. 2007, 23-33, zit.: 30, 77, 84). Ausführlich zu Wort kommt u.a. Hans Tietmeyer – Kuratoriumsvorsitzender der INSM.

Diese strukturelle Einseitigkeit findet man auch im entsprechenden Kapitel des Schulbuches oec. wieder, initiiert von der „Gemeinschaftsinitiative Soziale Marktwirtschaft“ der Bertelsmann Stiftung, der Heinz Nixdorf Stiftung und der Ludwig-Erhard-Stiftung, die „die Grundgedanken der Sozialen Marktwirtschaft“ auch durch die „Erarbeitung von Unterrichtsmaterialien“ fördern und verbreiten will (Kaminski 2005a, 7). Kontroverse wissenschaftliche und politische Positionen zur Wirtschafts- und Sozialordnung bleiben systematisch ausgeblendet, die Lernenden sollen im Wesentlichen die präsentierten parteilichen Positionen nachvollziehen, die aber in den Lernmaterialien als überparteilich erscheinen (Kaminski u.a. 2007, 83 f.).

Oft machen die Lehr-Lern-Materialien aber auch ganz direkt Werbung oder Public Relations für einzelne Institute, Unternehmen und ihre Warenangebote. Besonders stark ausgeprägt findet man dies bei den vielfältigen wirtschaftsdidaktischen Angeboten unter dem Label „Handelsblatt macht Schule“. In jedem Fall versucht man, Lehrende und Lernende zu Abonnenten des Handelsblattes zu machen²⁸. Man wirbt Lehrerinnen und Lehrer darüber hinaus als Mitglieder des Vereins „Wirtschaft am Gymnasium“ (wigy e.V.), einer Organisation des Oldenburger IÖB, deren Webseite in den Farben des Handelsblattes leuchtet (www.wigy.de).

Das Beispiel DVAG:

Verfälschung von Finanzindustrie, Politik und Finanzieller Bildung

In der umfangreichen Unterrichtsreihe „Finanzielle Allgemeinbildung“ aus der Serie „Handelsblatt macht Schule“ präsentiert man Konzerne der Finanz- und Versicherungsbranche als „Praxiskontaktpartner“ (Koch u.a. 2011). War es bisher die Deutsche Bank AG, bietet sich in der Neuauflage die Deutsche Vermögensberatung AG (DVAG) den Lernenden an. Sie ist exklusiver Partner beim mobilen Vertrieb der Deutschen Bank Gruppe und dem Versicherungskonzern Generali Deutschland Holding AG mit der Tochtergesellschaft AachenMünchener Versicherung AG.

Der Unterrichtskomplex „Praxiskontakte Finanzielle Allgemeinbildung“ besteht aus vier Materialien: M47 „Methode Expertenbefragung“, M48 „Praxiskontaktpartner Deutsche Vermögensberatung“, M49 „10 Leitlinien der Deutschen Vermögensberatung“, M50 „Erfolg mit der Deutschen Vermögensberatung – auch im Berufsleben“. Der vollständige didaktische Kommentar für die Lehrenden lautet:

„Es besteht für Sie und Ihre Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, das vorgeschlagene Rollenszenario oder aber Expertengespräche zu den verschiedenen Inhaltsaspekten dieser Einheit mit Vertreterinnen und Vertretern der Deutschen Vermögensberatung AG (DVAG) durchzuführen. Zur Vorbereitung eines solchen Praxiskontakts liefert M48 grundlegende Informationen zur DVAG. M49

²⁸ Darüber hinaus wird „Handelsblatt Newcomer – Zeitung für Schüler“ mit Unterstützung des IÖB Oldenburg und Sponsorengeld vom Oldenburger Energiekonzern EWE AG sowie von One Equity Partners OEP, einer Private-Equity-Investmenttochter des US-amerikanischen Bankkonzerns JPMorgan Chase & Co, produziert. Die Zweimonatszeitung „kann kostenlos und in beliebiger Stückzahl“ bestellt werden (<http://www.handelsblattmachtschule.de/newcomer/allgemein.php> besucht am 8.4.2011).

ergänzt das Porträt des Praxiskontaktpartners um die Darstellung der von ihm für die Finanzberatung zugrunde gelegten Leitlinien“ (Koch u.a. 2011, 41).

Finanzvertriebe lernen die Lernenden nur aus der Sicht der Finanzvertriebsgesellschaft DVAG mit dem Motto „Vermögensaufbau für jeden!“ kennen. Sie darf sich in bestem Licht selbst darstellen – ohne eine einzige relativierende oder gar kritische Aufgabenstellung. Kritische Texte zu Finanzvertrieb, Geschäftspraktiken und Falschberatung fehlen ganz. So wirbt die DVAG in den Schülermaterialien:

„[W]ichtige Entscheidungen für die langfristige Lebensplanung (...) trifft man (...) am besten im persönlichen Gespräch mit einem Berater. (...) Da hilft es, wenn die Beratung da stattfindet, wo sich die Entscheidungsträger am wohlsten fühlen (...) zu Hause in den eigenen vier Wänden. (...) umfassende Konzepte [sind] gefragt. (...) Hierzu sind Vermögensberater in der Lage, die auf das Produktangebot erstklassiger Partnergesellschaften zugreifen können. (...) Die Vermögensberater der DVAG (...) erfragen und analysieren (...) die persönlichen Wünsche und Ziele der Kunden und erarbeiten auf diese Weise für jeden Einzelnen bzw. für die ganze Familie eine langfristige Vermögensplanung“ (Koch u.a. 2011, 125-127).

Dass diese Vertriebsform generell und insbesondere dieses Finanzvertriebsunternehmens seit Jahren wegen zweifelhafter Geschäfts- und Personalführungspraktiken in der öffentlichen Kritik stehen, erfahren die Schülerinnen und Schüler nicht (z. B. Romberg 2009, Hoyer 2010). Vielmehr darf die DVAG in dieser Unterrichtseinheit gleich zweifach Nachwuchskräfte für ihren Direktvertrieb werben: in Form von Unterrichtsmaterial und, zwei Seiten weiter, mit einer ganzseitigen, nicht als solche ausgewiesenen Anzeige für ein von der DVAG gefördertes Studium (Koch u.a. 2011, 127, 129).

Diese Unterrichtsreihe exemplifiziert erneut die Nähe von Akteuren der ökonomischen Bildung und konservativ-liberalen Parteien: Die Führungsspitze der DVAG ist eng mit prominenten CDU/CSU-Politikern und den Parteien CDU sowie FDP verbunden²⁹.

Dass man die DVAG-Selbstdarstellung so unhinterfragt weiterreicht, überrascht kaum, freut sich der stellvertretende Chefredakteur des Handelsblattes doch gleich einleitend über die „Bereitschaft“ der DVAG, „die Unterrichtseinheit ‚Finanzielle Allgemeinbildung‘ gemeinsam mit uns zu realisieren und uns als Kooperations- und Praxiskontaktpartner mit ihrem Fachwissen bei der Umsetzung zu unterstützen“ (Koch u.a. 2011, 3). Außer

²⁹ Der Vorstandsvorsitzende Reinfried Pohl ist seit rund 40 Jahren CDU-Mitglied und war davor FDP-Mitglied. Udo Corts, CDU, machte als hessischer Wissenschaftsminister (2003-2008) Pohl zum Professor ehrenhalber (nach Verdiensten durch Spendentätigkeit) und wurde bald nach seiner Ministerzeit DVAG-Vorstandsmitglied. Der Ex-Chef des Bundeskanzleramts, Friedrich Bohl, ist Vorsitzender des DVAG-Aufsichtsrates, dem auch Ex-Finanzminister Theodor Waigel (CSU) angehört. Vorsitzender des Beirats ist Bundeskanzler a. D. Helmut Kohl; zu dessen Mitgliedern zählen Ex-CDU-Ministerpräsident Bernhard Vogel, Ex-Vizekanzleramtschef Horst Teltschik (CDU), die Frankfurter CDU-Oberbürgermeisterin Petra Roth und der österreichische Ex-Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP). Die Bundeskanzlerin selbst redet häufiger auf DVAG-Vertriebstreffen. Bezüge zur 1999er Ehrenwort-Spendenaffäre der CDU sind spekulativ. Die DVAG spendete 2008 bis 2010 der CDU mehr als eine halbe Mio. Euro, die FDP erhielt einen ähnlichen Betrag. Ex-DVAG-Beirat Guido Westerwelle redete beim DVAG-Vermögensberatertag 2010 (vgl. „Richtig gepohlt – Das Netzwerk der DVAG“, in: Wirtschaftswoche Bildergalerie vom 28.7.2010, <http://www.wiwo.de/finanzen/galerien/richtig-gepohlt-das-netzwerk-der-dvag-1140/1/zeppelin-mit-dvag-logo.html> besucht am 15.4.2011).

den Werbetexten ist aber kein inhaltlicher Beitrag von der DVAG erkennbar, und bei den Lernmaterialien über unterschiedliche Anlageformen fehlen die Quellenangaben. In mindestens einem Fall, den Investmentfonds, übernehmen die Autoren wortwörtlich Passagen aus Werbeprospekten von Unternehmen der Finanzindustrie, hier der Union Investment Privatfonds GmbH (2009, 4; Koch u.a. 2001, 98).

In einer älteren Auflage dieser Unterrichtseinheit dankte der Geschäftsführer der Handelsblatt GmbH der Deutschen Bank für ihre Unterstützung als Praxispartner:

„Im Rahmen der bundesweiten Veranstaltungsreihe ‚Mitarbeiter machen Schule‘ diskutieren Mitarbeiter der Deutschen Bank mit den Schülern, die so das Gelernte in die Praxis umsetzen und potentielle Arbeitgeber kennen lernen können. So werden die Experten der Deutschen Bank mit den Schülern beispielsweise Themen wie ‚Finanzplanung nach dem Schulabschluss‘ oder ‚Studienfinanzierung‘ besprechen“ (Kaminski u.a. 2005, 3).

Die Deutsche Bank durfte sich ebenfalls in ein positives Licht rücken und mit Blick auf die zukünftigen Kundinnen und Kunden ihr Konzept „Private & Business Clients (PBC) preisen: „Beratungsansatz von PBC basiert auf ganzheitlicher Finanz- und Vermögensplanung und bietet den Kunden finanzielle Lösungen zu ihrer aktuellen Lebenssituation“ (Kaminski u.a. 2005, 126). Dazu passt, dass auch die Skizze einer „finanziellen Allgemeinbildung“ in der vom Bankenverband finanzierten Studie „Konzeption für die ökonomische Bildung als Allgemeinbildung“ jegliche Kritik an der Finanz- und Beratungsindustrie vermissen lässt (Kaminski/Eggert 2008, 36 f.), obwohl es dafür aus wissenschaftlicher Sicht allen Anlass gibt (z. B. Oehler u.a. 2009, Baum u.a. 2009).

Die Allianz Deutschland nimmt sich ein Beispiel an diesen Formen der Nutzbarmachung von Schule und Unterricht für Unternehmensinteressen und gründete zusammen mit der Unternehmensberatung McKinsey und der Kommunikationsagentur Grey die Initiative My Finance Coach (www.myfinancecoach.de). Sie folgt wie Deutsche Bank und DVAG ebenfalls dem Prinzip, direkt in die Schulen zu gehen: „Didaktisch und methodisch geschulte Mitarbeiter der Allianz kommen als Finanzexperten in den Unterricht“ und führen dort die von My Finance Coach Wort für Wort, Satz für Satz und Folie für Folie fertig vorbereiteten Unterrichtsstunden auf³⁰. My Finance Coach plant darüber hinaus Lehrerfortbildungen „im Bereich Wirtschaft und Finanzen sowie ein umfangreiches außerschulisches Angebot“. Wie bereits erwähnt, bietet das Land Bayern die Allianz-Veranstaltungen im offiziellen Programm der staatlichen Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer an.

Damit haben diese Finanz- und Versicherungskonzerne ein nahezu ideales Arrangement für ihre mittelbaren und mittelfristigen Verkaufsinteressen erreicht. Schule und

³⁰ Vgl. <http://www.myfinancecoach.de/ueber-uns-die-initiative-my-finance-coach#praeambel> besucht am 3.4.2011. Es gibt eine Vielzahl organisierter Angebote, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Unternehmen in den Unterricht zu holen. So bietet z. B. „Handelsblatt macht Schule“ den Schulen an: „Lassen Sie Fragen Ihrer Schüler zu Wirtschaftsthemen direkt von Experten aus der Praxis beantworten! Wir vermitteln Ihnen Mitarbeiter von renommierten Unternehmen, die Ihre Schule besuchen, Ihren Schülerinnen und Schülern Rede und Antwort stehen und für eine Doppelstunde Ihren Lehrauftrag übernehmen“ (http://www.handelsblattmachtschule.de/seiten/aktionen_mms.php besucht am 12.4.2011, Hervorh. entf.).

Unterricht geben ihren Verkäufern, die zum Thema private Finanzen in der Lehrerrolle auftreten und so staatlich legitimiert agieren, einen Rahmen, der Vertrauen, Neutralität, Sachlichkeit und Seriosität ausstrahlt. Die Finanz- und Versicherungsagenten intervenieren zudem in einer biographisch sensiblen Phase der beginnenden oder akuten Berufsorientierung, in der sich Jugendliche ernsthaft und folgenreich auch mit Fragen von Versicherung, Einkommen und Vermögen auseinanderzusetzen beginnen. Dieser Kontext bietet den Konzernrepräsentanten eine einmalige Chance, ein positives Bild ihres Unternehmens sowie seiner Vertreter, Philosophie und Produkte frühzeitig und vorrangig in den Köpfen der Schülerinnen und Schüler zu verankern. Die dafür nötigen Techniken machen bekanntlich die kommunikative Kernkompetenz von Wertpapier- und Versicherungsverkäufern aus, in deren Training viel Zeit und Geld investiert wird. Gelingt es dem Verkäufer im Unterricht, sympathisch aufzutreten und auch persönliches Vertrauen bei den Lernenden aufzubauen, hat er seinen potenziellen Kundenstamm erweitert. Stellt man in Rechnung, dass Finanz- und Versicherungskunden eher träge sind und ihnen vertraute Unternehmen und Berater eher selten wechseln, erweisen sich solche Unterrichtsbesuche als kostengünstige und hoch rentierliche Investitionen.

Vor dem Hintergrund dieser Begünstigung einzelner Konzerne der Finanz- und Versicherungsbranche ist es erschreckend, dass die fachdidaktische Selbstkontrolle bei solchen Unterrichtskonzepten zur finanziellen Bildung offensichtlich versagt, sei es, dass man dieses Problem schlicht nicht sieht oder dass man finanzielle Vorteile oder scheinbar unverzichtbare Expertise höher bewertet als didaktische Bedenken.

Auch einige Materialien aus der Wirtschaftsdidaktik orientieren sich einseitig an bestimmten wissenschaftlichen und politischen Positionen. Das mag zunächst ein einzelnes Indiz aus der Zeitschrift *Unterricht Wirtschaft*, die sich an Lehrerinnen und Lehrer wendet, illustrieren. Das Themenheft „Soziale Marktwirtschaft“ (Heft 21/2006) enthält zwei fachwissenschaftliche Basisartikel, die Wissenschaftler des Walter Eucken Instituts verfasst haben. Sie präsentieren dort ausschließlich die ordnungs- und sozialpolitischen Positionen der Freiburger Schule, die sie mit Formulierungen wie Grenzen des „sozialen Versorgungsstaates“ oder „Inflation sozialer Versorgungsansprüche“ politisch einseitig zuspitzen. Alternative Ansätze fehlen ganz.

Aber auch umfangreichere Unterrichtseinheiten und Schulbücher verengen den Blick beim Thema Soziale Marktwirtschaft auf konservativ-wirtschaftsliberale Strömungen in der wissenschaftlichen und politischen Debatte (Eucken, Erhard, Müller-Armack, aktuell Tietmeyer). Die marktkritische Tradition dagegen bleibt ausgeblendet, etwa Alexander Rüstows Analyse, dass der Wettbewerbsmarkt, „da ausschließlich an den Eigennutz als Triebkraft appellierend, weder individuell versittlichend noch sozial integrierend wirken“ könne oder Wilhelm Röpkes nachdrückliche Forderung nach einer den Marktkräften „widergelagerten Gesellschaftspolitik“ und einer bewusst sozial gesteuerten Marktwirtschaft (vgl. Katterle 1995, 127; Zinn 1998, 177-186). Darüber hinaus reduzieren diese Materialien die Darstellung auf *deutsche* Positionen.

So legen die Unterrichtsmaterialien die Lernenden auf bestimmte Auffassungen und Urteile fest und ignorieren zugleich die Vielfalt der marktwirtschaftlichen Ordnungen in Europa (Kaminski u.a. 2007, 17-31). Mittels der dualistischen Gegenüberstellung von Marktwirtschaft und Planwirtschaft verhindern sie Fragen nach *alternativen* Ordnungen *innerhalb* des Spektrums der Marktwirtschaften. Wenn sie Marktwirtschaft ebenso fest mit Demokratie verknüpfen wie Planwirtschaft mit Diktatur (S. 24-28, 69 f.), dann erscheint die konservative Variante der deutschen Marktwirtschaft schließlich als völlig alternativlos. Zugleich präsentieren sie den Lernenden ausschließlich wirtschaftsliberal-konservative Positionen zur deutschen Variante der sozialen Marktwirtschaft, die ein Zurück zu deren Ursprüngen und eine energische Einschränkung sozialpolitischer Leistungen fordern. Unzulässigerweise verknüpfen sie Marktwirtschaft und „Primat des Privateigentums“ (S. 19). Weitere exemplarische Belege für Einseitigkeiten und scheinbare Alternativlosigkeiten analysiert etwa Thorsten Hippe (2010, 117, 210 f.; 2011).

Aufgrund ihrer einseitigen Perspektive scheinen die Lehr-Lern-Materialien und die dazugehörigen Informationen für Lehrerinnen und Lehrer in einer Reihe von Fällen nicht mit dem Bildungsauftrag öffentlicher Schulen vereinbar zu sein³¹. Es reicht aber nicht, dies zukünftig in umfassenderen und detaillierten wissenschaftlichen Analysen zu kritisieren. Vielmehr müssen die verantwortlichen Ministerien und Schulaufsichtsbehörden dafür sorgen, dass tendenziöses Lehr-Lern-Material der Wirtschaftsverbände in öffentlichen Schulen nicht zum Einsatz kommt.

Pluralismus als Prinzip

Es wäre naiv zu glauben, man könne die einseitige Struktur der hier vorgestellten Verflechtungen von Wirtschaftsverbänden und Teilen der Wirtschaftsdidaktik kurz- bis mittelfristig aufbrechen. Denn sie verkörpern gerade in ihrer spezifischen wissenschaftlichen, politischen, paradigmatischen, ideologischen und lobbyistischen Tendenz und Einseitigkeit die Affinität der Vorstellungen, Ziele und Interessen wirtschaftlicher und politischer Eliten des wirtschaftsliberal-konservativen Spektrums und der mit ihnen verbundenen Organisationen und Wissenschaftler. Diese Strömung in der Wirtschaftsdidaktik hat – ähnlich wie Teile der Wirtschaftswissenschaften – eine besondere Neigung und Nähe zu den Organisationen des Kapitals, zu denen auch die Kammern als Quasi-Interessenorganisationen der unternehmerischen Privatwirtschaft gehören (Sebaldt/Straßner 2004, 100 f.).

In einer pluralistischen Gesellschaft und Wissenschaft sind solche Koalitionen legitim und keineswegs selten. In einer demokratischen Öffentlichkeit und ihrem bildungspolitischen Diskurs kommt es aber zum einen darauf an aufzudecken, welche politischen

³¹ Viel spricht dafür, dass dies auch für einige Module der Lehrerfortbildung „Ökonomische Bildung online“ gilt oder zumindest galt: Im Modul „Wirtschaftswissenschaftliche Theoriebildung“ lernen die Lehrerinnen und Lehrer im Wesentlichen nur die Position der Denkschule kennen, die die beiden deutschen Ökonomen Karl Homann und Andreas Suchanek vertreten und als „Ökonomik“ bezeichnen (Bertelsmann Stiftung 2002; vgl. auch Wicht/Lenz 2006).

Kräfte, Vorstellungen und Interessen sich hinter der wohl klingenden Forderung nach mehr ökonomischer Bildung und einem Schulfach Wirtschaft verbergen – zumindest zum Teil. Mit dem Nachweis einzelner oder struktureller Einseitigkeiten ist die Schulfachforderung zwar nicht bereits delegitimiert; aber die Notwendigkeit kritischer wissenschaftlicher, pädagogischer, wirtschaftsdidaktischer und politischer Analysen liegt auf der Hand.

Zum anderen kann man erst dann von einem „organisierten Pluralismus“ sprechen (Sebaldt/Straßner 2004, 308), wenn auch die anderen, von dieser Koalition aus Wirtschafts- und Wissenschaftsinteressen ausgeschlossenen Akteure und Anspruchsgruppen ihre Positionen und Ziele organisieren und im Diskurs über ökonomische Bildung nachhaltig zu Gehör bringen. Insbesondere im Bereich der Gewerkschaften (Görner 2010), aber auch in der Fachdidaktikwissenschaft scheint derzeit ein Engagement in diese Richtung zu entstehen (z. B. die Initiative für eine bessere ökonomische Bildung, vgl. www.iböb.org, Famulla u.a. 2011). Deshalb besteht einige Hoffnung, dem wissenschaftlichen und politischen Pluralismus auch in der ökonomischen Bildung in Zukunft wieder etwas mehr Raum zu verschaffen.

Die einseitige Vereinnahmung der „ökonomischen Bildung“ für die Verbreitung der politischen Vorstellungen von Wirtschaftsverbänden und ihnen affinen Parteien sowie für die Vermittlung orthodoxer wirtschaftswissenschaftlicher Positionen könnte den Begriff „ökonomische Bildung“ beschädigen und unglaubwürdig machen. Deshalb sollte man sorgfältig prüfen, ob eine pluralistische Alternative der ökonomischen Bildung nicht auch einen eigenen Namen braucht: *sozioökonomische* Bildung wäre ein dafür geeigneter Kandidat (vgl. z. B. Kahsnitz 2005). Dem Publikum in Politik und Wissenschaft könnte eine eigene Bezeichnung mit Unterscheidungskraft verdeutlichen, dass Lehren und Lernen über Wirtschaft in allgemein bildenden Schulen ein inhaltlich, politisch und didaktisch kontroverses Feld ist und bleibt. Der Name sozioökonomische Bildung markiert den Anspruch der Unabhängigkeit von Verbands- und Wirtschaftsinteressen und das Engagement für eine umfassende Bildung im Interesse der Lernenden, die den Zusammenhang von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in der Perspektive des theoretischen, normativen und politischen Pluralismus in den Blick nimmt. Sozioökonomische Bildung steht nicht zuletzt auch dafür, dass den Unternehmer- und Wirtschaftsverbänden kein Alleinvertretungsanspruch für „die Wirtschaft“ gebührt. In der Demokratie gehört die öffentliche ökonomische Bildung allen.

Lucca Möller

Vernetzt mit Wirtschaft und Politik

Eine Netzwerkskizze zu Akteuren der ökonomischen Bildung

Inhalt

| | |
|---------------------------|----|
| Personelle Verknüpfungen | 29 |
| Projektverknüpfungen | 33 |
| Kongresse | 38 |
| Publikationen | 39 |
| Das Netzwerk im Überblick | 41 |

In Deutschland bestehen seit längerem Bemühungen, ökonomische Bildung in den allgemein bildenden Schulen zu institutionalisieren. Diese Bemühungen werden weitestgehend von einem bestimmten Kern an Akteuren getragen, die untereinander stark vernetzt sind. Im Folgenden soll diese Vernetzung auf drei Ebenen untersucht und dargestellt werden:

- personelle Verknüpfung
- Verknüpfung durch Projekte und
- Verknüpfung durch Publikationen

Die Ergebnisse werden jeweils ungewichtet graphisch als Netzwerk präsentiert; dies bietet das Rohmaterial für weitere Netzwerkanalysen, die die Relationen qualifizieren müssten. Die Kernpunkte der Verknüpfungen werden im Text inhaltlich erläutert.

Die vorliegende Analyse bezieht sich auf verfügbare Daten aus dem Zeitraum von 1998-2009 und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie versteht sich als eine Netzwerkskizze, auf der eine methodisch aufwändigere, differenziertere Netzwerkanalyse aufsetzen kann (vgl. Jansen 2003 und 2010, Holzer 2009, Stegbauer 2008).

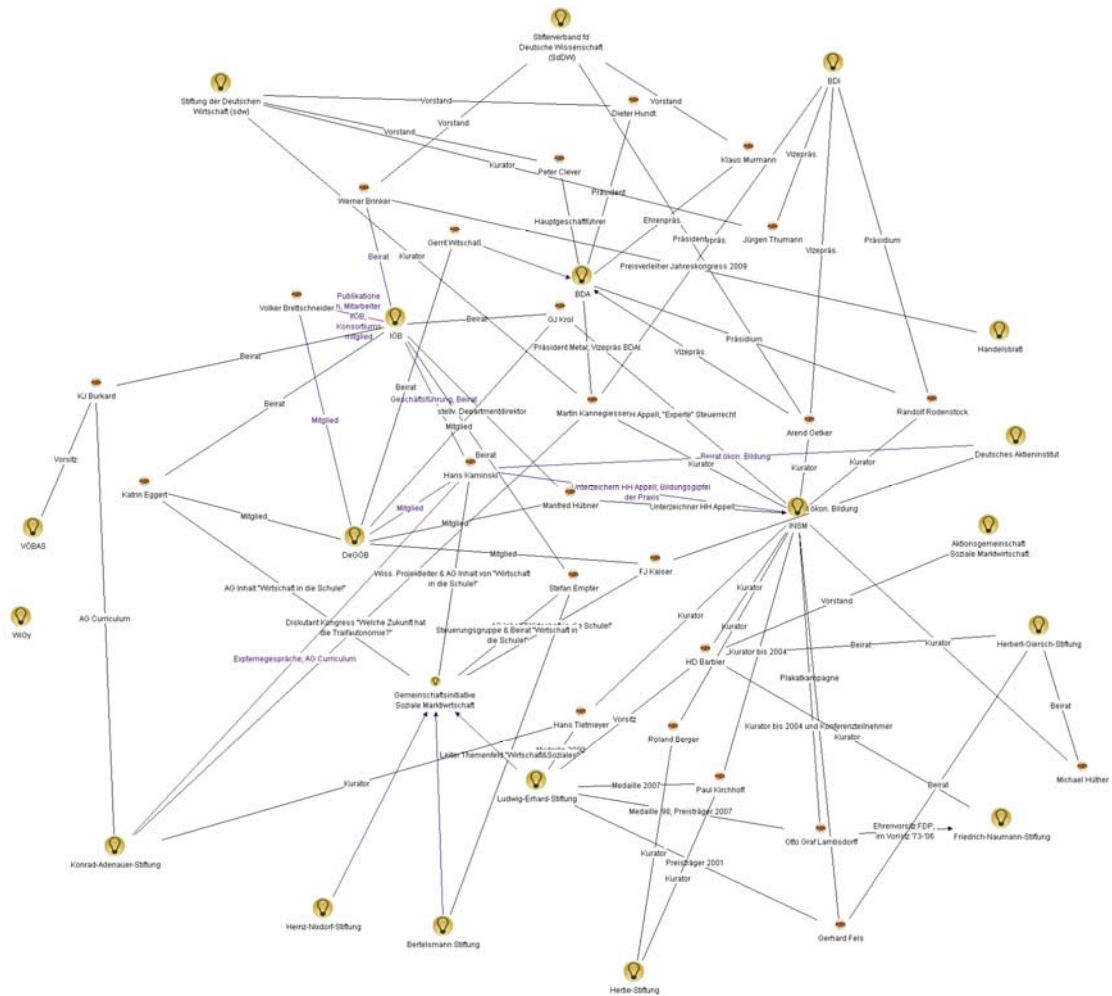
Personelle Verknüpfungen

Methodische Vorbemerkung

In die Analyse der Verknüpfungen zwischen den Akteuren aufgenommen wurden:

- vor allem Mitglieder der jeweiligen Gremien (Vorstand, Kuratorium, Beirat, ...)
- mit der jeweiligen Organisation explizit formell verknüpfte Personen („Botschafter“, offizielle Unterstützer, ...)

- außerdem durch relevante Rollen in einem Projekt einer Organisation mit dieser Organisation verknüpfte Personen (Hauptredner, Schlüsselautoren, ...)
- durch explizite ideelle Unterstützung des Akteurs und/oder der Organisation verknüpfte Personen (Werbeträger, Unterzeichner von Organisationen gelenkter Aufrufe, Preisträger von Organisationen gestifteter Auszeichnungen, ...)



Anmerkung: Alle Grafiken sind einzeln herunterzuladen unter
http://www.iboeb.org/moeller_personen.jpg
http://www.iboeb.org/moeller_projekte.jpg
http://www.iboeb.org/moeller_verknuepfungen.jpg
 oder alle in einer zip-Datei unter http://www.iboeb.org/moeller_netzwerke.zip

Allgemeine Ergebnisse

Durch das personelle Netzwerk sind sämtliche Arten der Organisationen und Interessenvertretung miteinander verknüpft. Sowohl die Organisationen des Bildungskontextes (z. B. Institut für ökonomische Bildung, IÖB, Deutsche Gesellschaft für ökonomische Bildung, DeGÖB) als auch die verschiedenen großen Stiftungen (z. B. Ludwig-Erhard-Stiftung, Bertelsmann Stiftung), die Verbände der Wirtschaftsakteure (z. B. BDA, BDI, Deutsches Aktieninstitut) und weitere Stiftungen in diesem Umfeld (z. B. Stiftung der Deutschen Wirtschaft, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft) und verschiedene weitere einschlägige Interessenverbände (z. B. Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, INSM) sind ebenfalls durch personelle Verbindungen und Überschneidungen miteinander verflochten.

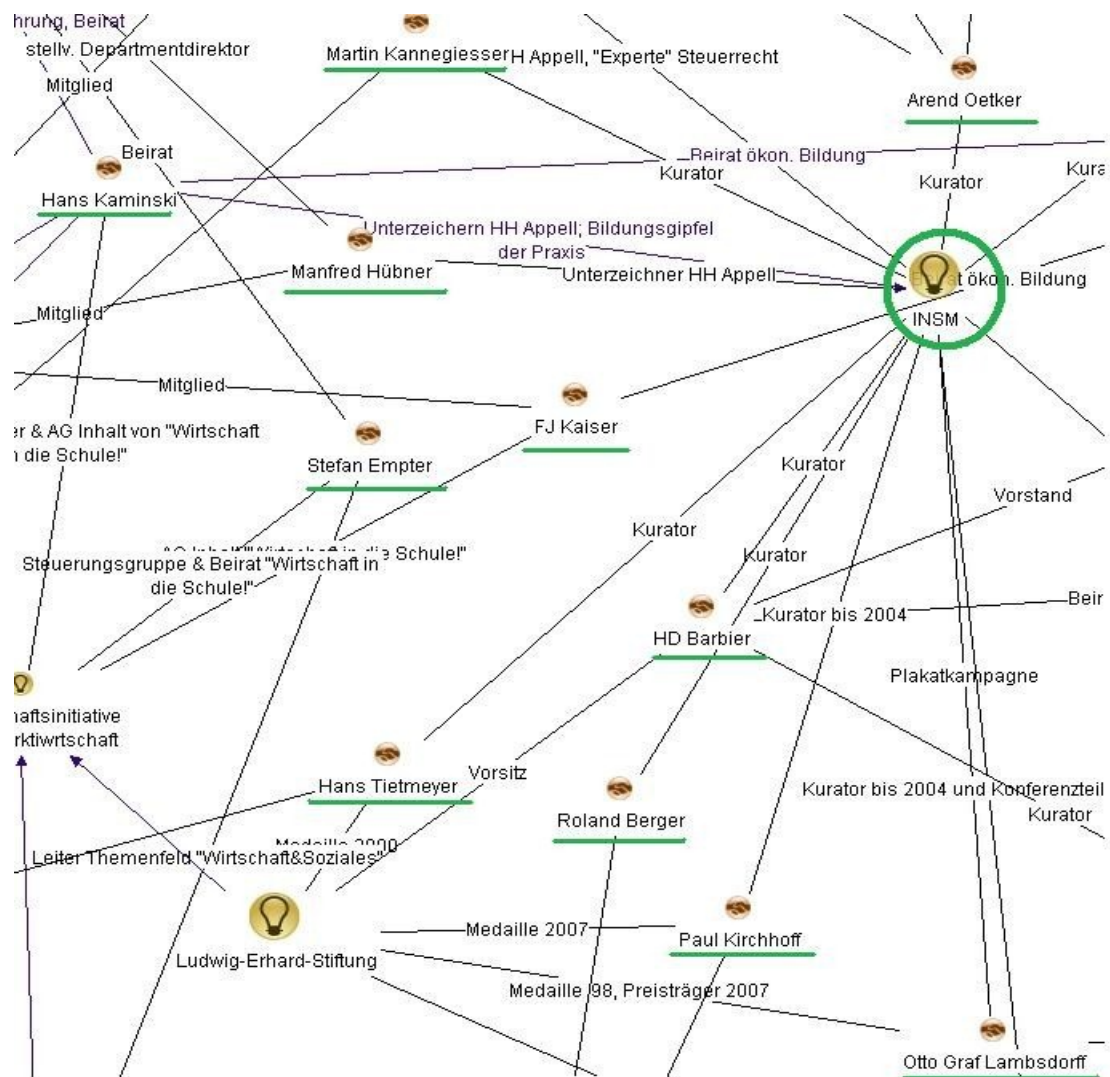
Diese Verknüpfungen (z. B. durch Personalunion verschiedener formaler Ämter) bestehen insbesondere innerhalb einer „Organisationskategorie“ (z. B. mittels Sitz in mehreren Vorstandsgremien oder Kuratorien), aber auch zwischen den einzelnen „Kategorien“, sowohl durch inhaltlich-projektformige als auch formale Assoziation.

Während ein Großteil der erfassten Personen durchschnittlich nur zwei bis drei Organisationen miteinander verknüpft, verbinden einige Schlüsselakteure eine breite Palette an Organisationen, sowohl in Bezug auf Anzahl als auch Ausrichtung/„Kategorie“.

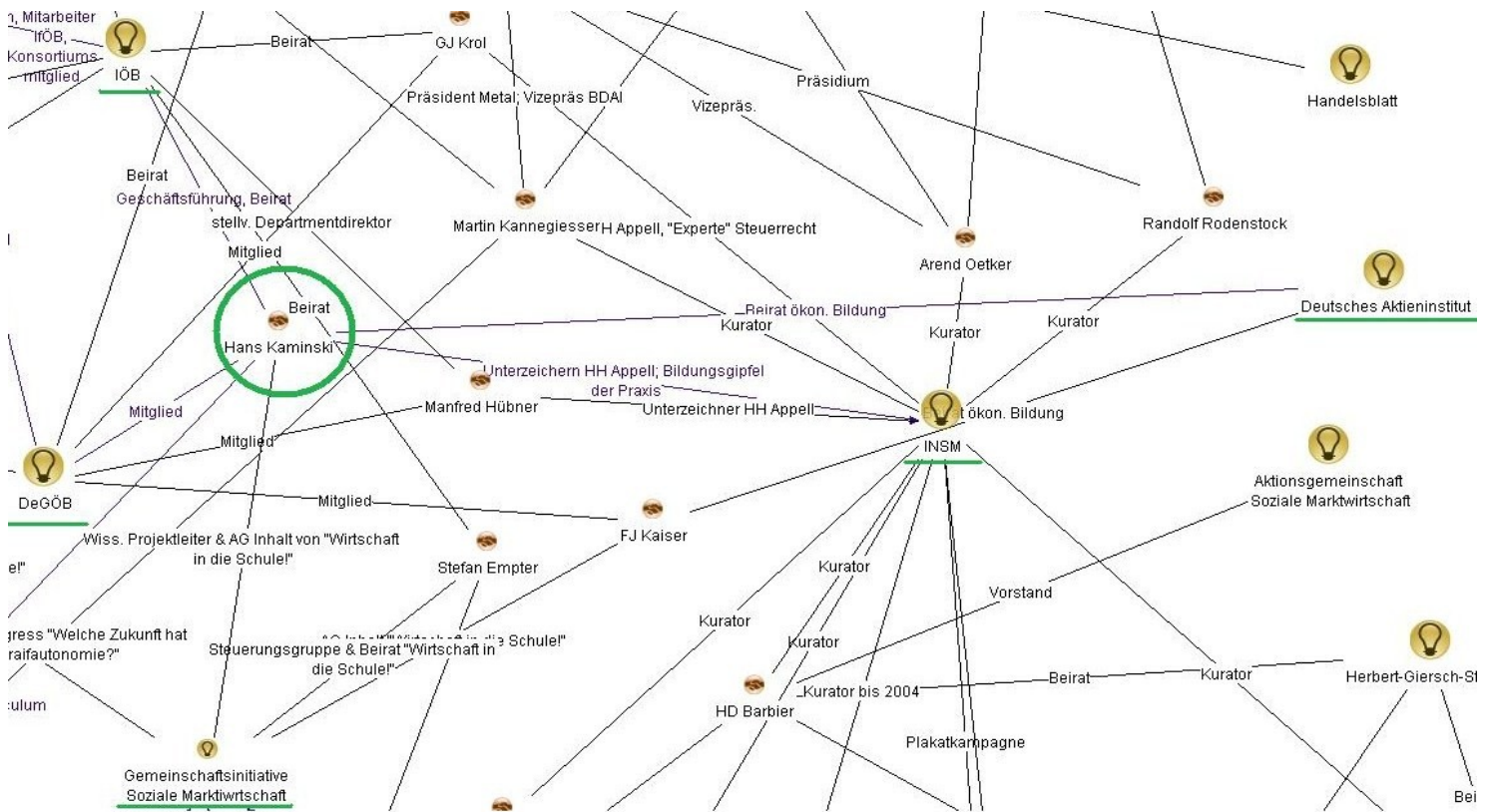
Detailliertere Ergebnisse

Die am stärksten durch aktive Verknüpfungen in das Netzwerk eingebundenen Organisationen spiegeln gleichzeitig die wichtigsten „Organisationenkategorien“ wider; es handelt sich um das Oldenburger IÖB, den BDA, die INSM und die Ludwig-Erhard-Stiftung. Die DeGÖB bildet zusätzlich durch ihre Mitglieder eine große personelle Ressource, die über den Bildungskontext hinaus in Wirtschaft und politische Interessenverbände hineinreicht.

Die INSM stellt sich als die mit Abstand bestvernetzte Organisation des hier untersuchten Netzwerks dar, was vor allem ihrem strategischen personellen Werkzeug der „Kuratoren und Botschafter“ geschuldet ist. Diese rekrutieren sich vornehmlich aus der (Interessenvertretung und Verbandsarbeit der) Wirtschaft sowie den Akteuren der politischen Stiftungen; die INSM unterhält aber auch zu den Akteuren des Bildungskontextes eine inhaltliche Verknüpfung. Der folgende Ausschnitt aus dem Personennetzwerk soll die Diversität der personellen Verankerung der INSM verdeutlichen:



Als zentraler Akteur und Schlüsselfigur des Netzwerkes kann man Hans Kaminski identifizieren. Von Haus aus u.a. als Institutsdirektor des IÖB dem Bildungskontext zugehörig, ist er aber auch vor allem durch inhaltlich-beratende Funktionen formeller und informeller Art sowie durch Autorenschaft für bildungsrelevante Veröffentlichungen mit den verschiedenen Stiftungen, der INSM und Vertretern der Wirtschaft (z. B. Deutsches Aktieninstitut) vernetzt. Er tritt dabei sowohl als impliziter Unterstützer (Beteiligter z. B. an Expertengesprächen, Bildungsgipfel oder Podiumsdiskussionen) als auch explizit als Teilnehmer leitender Funktion in verschiedenen Projekten und Gremien der jeweiligen Organisationen auf.



Projektverknüpfungen

Methodische Vorbemerkungen

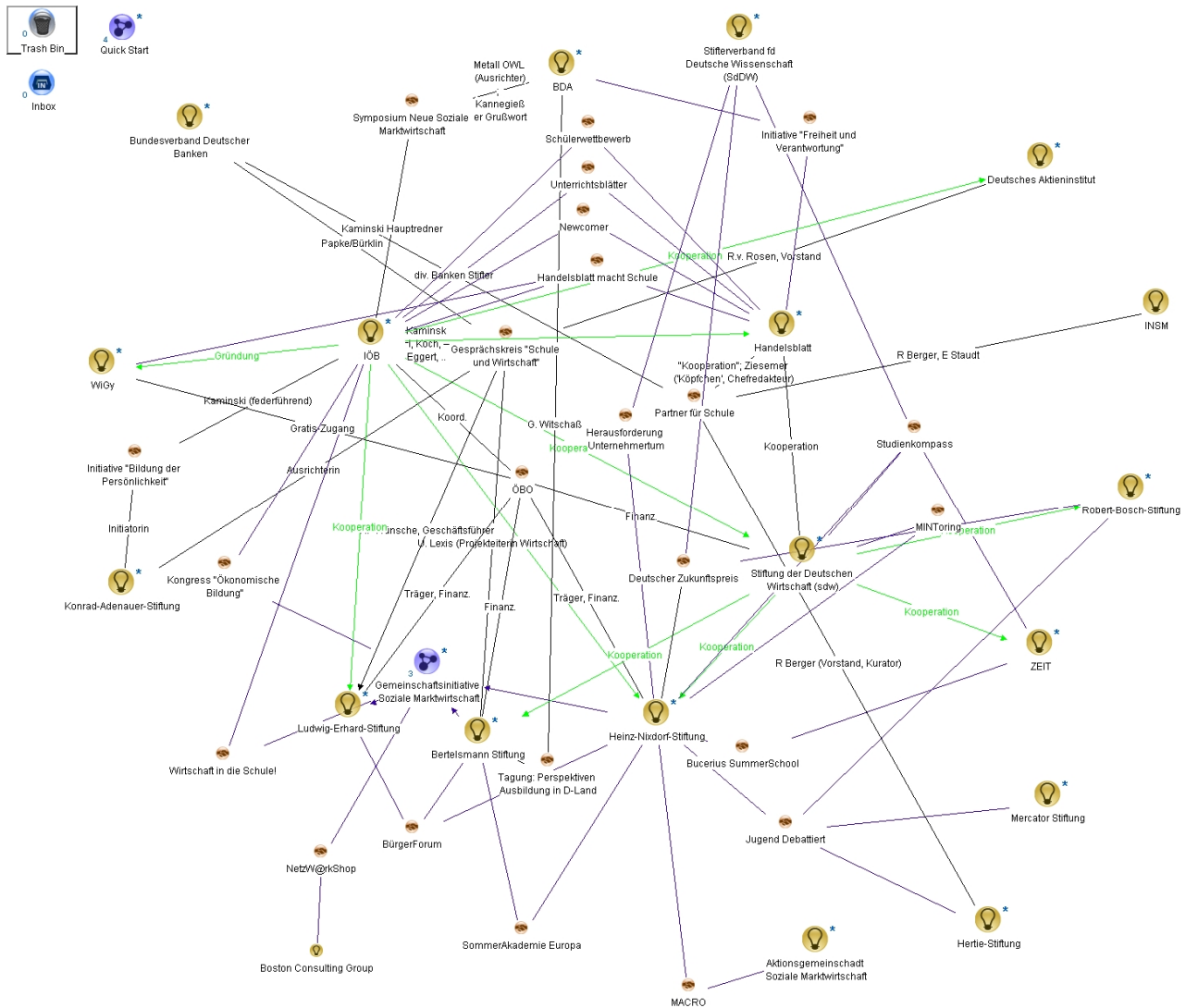
In die Analyse aufgenommen wurden:

- vor allem Projekte, die auf formal institutionalisierte (ökonomische) Bildung abzielen und/oder diese vorbereiten, besonders im schulischen, aber auch darüber hinaus im allgemein bildenden Bereich
- außerdem Projekte, die allgemein auf Information der Öffentlichkeit über bestimmte ökonomische Sichtweisen und Themen abzielen (z. B. Tagungen)
- Projekte, die auf die Förderung bestimmter ökonomischer Sicht- und Verhaltensweisen abzielen (z. B. Deutscher Zukunftspreis)

Als mit einem Projekt assoziierte Organisationen wurden all jene aufgenommen,

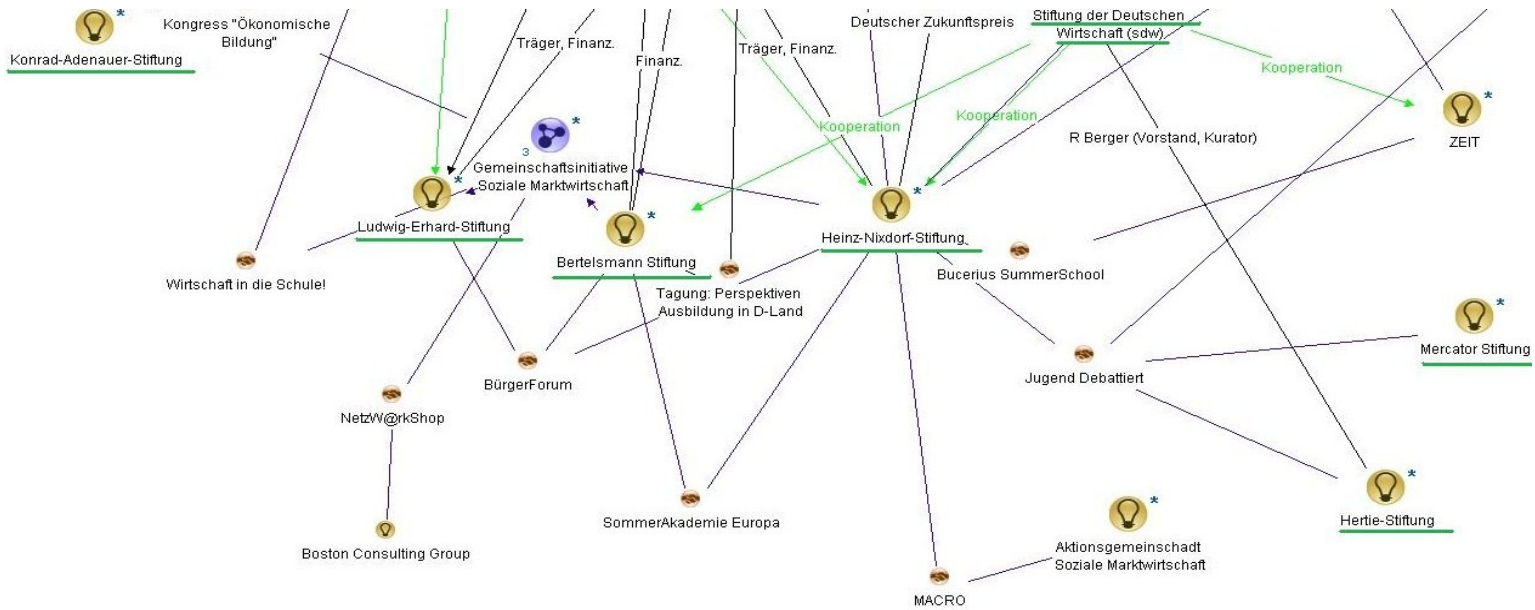
- die direkt als Organisation als Träger/Partner/Leitung/Sponsor etc. für dieses Projekt auftreten
- deren Amtsinhaber als solche in diesem Projekt eine zentrale Funktion übernehmen.

Außerdem sind Kooperationen, die auch ohne spezielle Projektbindung von den jeweiligen Organisationen als solche aufgeführt wurden, in das hier skizzierte Projekt Netzwerk eingeflossen.



Allgemeine Ergebnisse

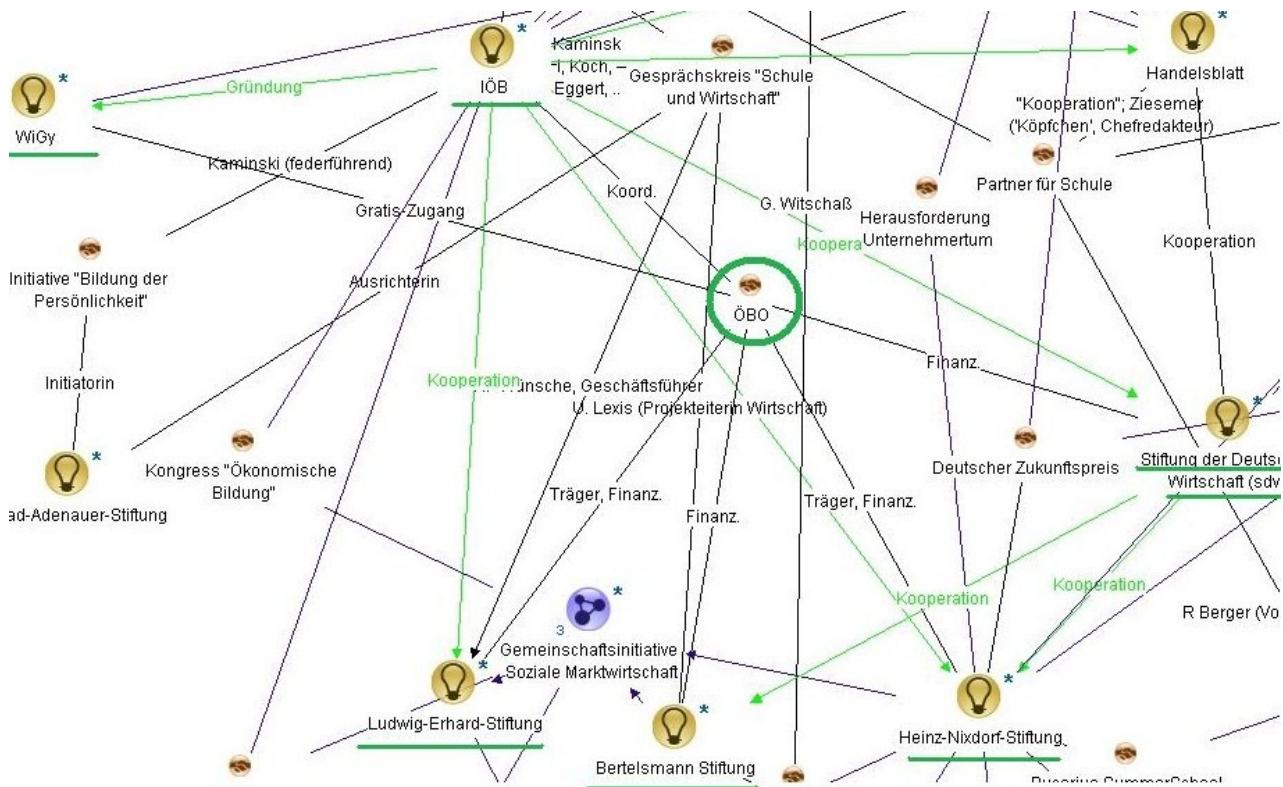
Das Netzwerk spannt sich wiederum sowohl innerhalb als auch zwischen allen relevanten Organisationskategorien. Traten allerdings neben den Organisationen des Bildungskontextes im Personennetzwerk vor allem Akteure der Wirtschaft und ihrer direkten Interessenvertreter gehäuft auf, so sind es im Projektnetzwerk die politischen Stiftungen, die vermehrt in Erscheinung treten.



Diese Verknüpfungen bestehen sowohl durch einige kleinere, zeitlich begrenzte Projekte als auch insbesondere durch größere, langfristige Projekte. Viele der aufgenommenen Projekte sind periodisch wiederkehrender Natur und fest verankert, wie z. B. „Jugend Debattiert“ oder der „Studienkompass“. Weitere (zentrale) Projekte haben durch ihre Größe und Etablierung fast selber institutionalisierten Charakter (z. B. Ökonomische Bildung Online, ÖBO). Außerdem findet sich sehr häufig eine Vernetzung durch eine offizielle, aber nicht näher ausgewiesene Kooperation.

Detailliertere Ergebnisse

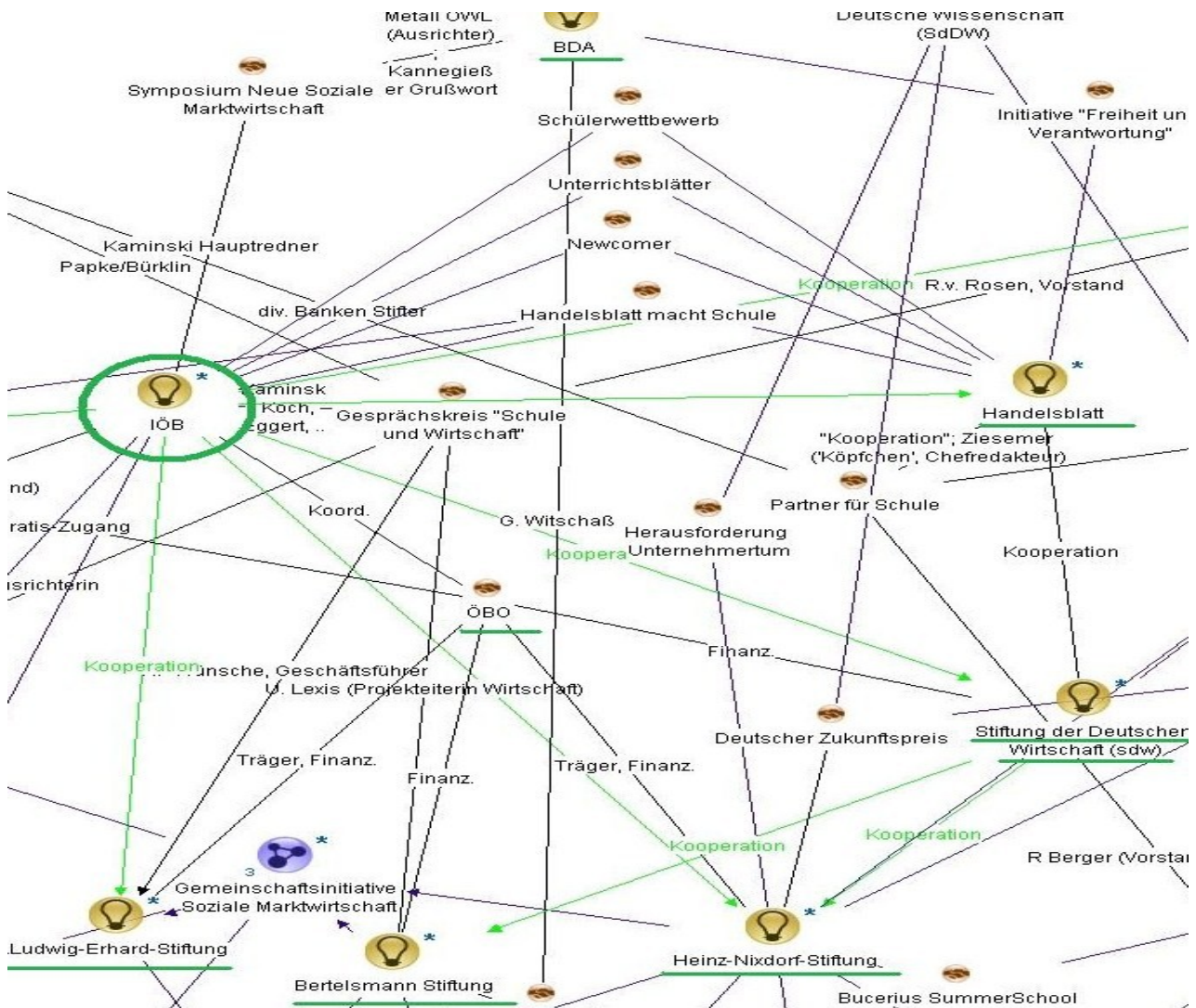
Als zentrales Projekt kann das Projekt „Ökonomische Bildung Online“ (ÖBO) gelten, das u.a. das Ziel der „Vermittlung unternehmerischer Werte an die heranwachsende Generation“ auf mannigfaltigste Weise vorantreibt (Entwicklung von Curricula, Lobbyarbeit, Produktion von Unterrichtsmaterialien, Lehrerfortbildung, ...) und unter Leitung des Oldenburger IÖB sowohl von den politischen Stiftungen als auch der Stiftung der Deutschen Wirtschaft getragen wird.



Ebenfalls eine Schlüsselrolle nimmt das Projekt des „Gesprächskreises 'Schule und Wirtschaft'“ ein, das mit dem Deutschen Aktieninstitut, dem Bundesverband Deutscher Banken, dem IÖB sowie den Stiftungen Bertelsmann, Konrad-Adenauer und Ludwig-Erhard auch eine wichtige Vernetzungsinstanz der verschiedenen Organisationskategorien darstellt.

Zu nennen ist dabei auch das Stiftungsprojekt „Partner für Schule“, das mit dem Handelsblatt, der INSM, der Hertie-Stiftung und diversen deutschen Banken ebenfalls eine breit gefächerte Verknüpfung beinhaltet.

Das IÖB stellt sich als ein Hauptakteur im Projektnetzwerk dar. Es ist in die zentralen Projekte (meist federführend) eingebunden und verfügt darüber hinaus über breit gefächerte Kooperationen mit den anderen Organisationen. Bemerkenswert ist hier vor allem die mehrjährige enge Kooperation mit dem Handelsblatt, aus der verschiedene Projekte, Wettbewerbe, und regelmäßige Publikationen (auch) von Unterrichtsmaterial hervorgehen.



Mit der ZEIT bzw. der ZEIT Stiftung befindet sich ein weiteres größeres Publikationsorgan im Projektnetzwerk; sie ist durch Projekte und Kooperationen sowohl an die Kategorie der politischen Stiftungen als auch die Interessenvertretung der Wirtschaft angebunden. Solche Kooperationsprojekte mit der Presse sichern die öffentliche Aufmerksamkeit.

Ein ähnlich gutes Vernetzungspotential wie das IÖB weist die Stiftung der Deutschen Wirtschaft durch ihre Kooperationspartner auf; die Stiftung ist darüber hinaus auch Geldgeberin des Schlüsselprojektes ÖBO.

Ein weiterer Schlüsselakteur im Projektnetzwerk sind die Gemeinschaftsinitiative Soziale Marktwirtschaft beziehungsweise die drei daran beteiligten Stiftungen (Ludwig-Erhard-Stiftung, Bertelsmann Stiftung, Heinz-Nixdorf-Stiftung). Gerade die Ludwig-Erhard-Stiftung und die Bertelsmann Stiftung sind insbesondere durch stark etablierte Kernprojekte wie „Wirtschaft in die Schule“ oder ÖBO direkt in Projekte der ökonomischen (Schul)Bildung involviert, während die Heinz-Nixdorf-Stiftung mit ihrem Projekt-Engagement eine Verknüpfung mit allen Organisationenkategorien des Netzwerkes herstellt.

Kongresse

Als ein Vernetzungsprojekt sui generis erscheint der vom Handelsblatt veranstaltete Jahreskongress „Wirtschaft und Schule“. Er soll laut eigenen Aussagen eine „Informations- und Austauschplattform“ sowie ein „Networking-Forum“ bieten, um „Lösungen und Initiativen im Bildungsbereich“ zu erarbeiten³². Ein genauerer Blick auf die an diesen Kongressen in den letzten drei Jahren (2008-2010) aktiv beteiligten Personenkreise³³ zeigt eine sozial, politisch und interessenpolitisch recht selektive Struktur der Kongressakteure.

Die Selbstdarstellung des Kongresses betont stets den partnerschaftlichen Austausch zwischen Schule und Wirtschaft, allerdings zeigt sich in der Aufstellung der Keynotes-Sprecher, dass der inhaltliche Input ganz eindeutig von nicht-schulischer Seite ausgeht: Die jährlich etwa fünf Keynote-Sprecher rekrutieren sich in den drei Jahren vollständig aus den Bereichen der Wirtschaft und Politik. Unter den weiteren, je Jahreskongress etwa fünf Vortragenden eigenständiger abgeschlossener thematischer Beiträge befindet sich mit dem Bundesvorsitzenden des Philologenverbandes nur einmal ein Vertreter der Bildungssphäre.

Die in der Einladung zum Jahreskongress 2009 beworbenen 28% Teilnehmer der „Branche“ Schulen erhalten größtenteils die Rolle „passiver Zuhörer“, denn im Programm tauchen LehrerInnen bzw. SchulleiterInnen nur vereinzelt und immer an nicht exponierter Stelle auf (in den Workshops der Sektionen).

Darüber hinaus treten als im Programm verzeichnete Teilnehmer, die im weiteren Sinne der Bildungssphäre zuzurechnen sind, das IÖB und der ihm angegliederte Verein Wirtschaft am Gymnasium (wigy e.V.), die FOM Hochschule für Ökonomie und Management sowie die Deutsche Gesellschaft für ökonomische Bildung (DeGöB) auf.

Mit dem Institut der deutschen Wirtschaft, dem IÖB Oldenburg sowie überwiegend auch dem Institut für Wirtschaftsforschung sind die beteiligten Wissenschafts- und Forschungsinstitute ebenfalls dem wirtschaftsliberal-konservativen Lager zuzurechnen beziehungsweise stehen mit diesem – wie die vorliegende Netzwerkskizze belegt – vielfältig in engem Zusammenhang. Für die Wirtschaftsdidaktik als wissenschaftliche Disziplin sprechen fast ausschließlich Mitglieder des Oldenburger IÖB.

Aus dem Wirtschaftssektor sind als aktive Teilnehmer der Jahreskongresse diverse Vertreter der unternehmerischen Privatwirtschaft sowie der Unternehmer- und Arbeitgeberseite zuzurechnende Verbände und Organisationen in den Programmen verzeichnet. Gut zwei Drittel aller erfassten ReferentInnen kommen aus Unternehmen oder unternehmens- und wirtschaftsnahen Einrichtungen. Zwei Drittel der im Plenum repräsentierten Unternehmen sind große Konzerne. Immer dabei ist der Vorstandsvor-

³² <http://www.handelsblattmachtschule.de/download/download.php?id=466>

³³ Für die Analyse wurden die im jeweiligen Programm genannten Personen mit eigenem inhaltlichem Beitrag im Plenum herangezogen.

sitzende eines Oldenburger Energiekonzerns, zugleich ein Hauptsponsor und Beirat des dortigen IÖB und Mitfinanzier des Jahreskongresses.

Repräsentanten von Organisationen, die sich für die Interessen von Unternehmern und Unternehmen einsetzen, machen gut ein Drittel der auf den Handelsblatt-Kongressen Referierenden aus, Tendenz stark steigend. Dazu gehören Kammern, Arbeitgeber- und Unternehmensverbände, die wirtschaftsnahe Wissenschaft und Stiftungen. VertreterInnen von ArbeitnehmerInnen, Betriebsräten, Gewerkschaften, Verbraucherverbänden, Umweltverbänden, Fair-Trade-Organisationen und ähnlichen Organisationen befinden sich nicht unter den zu Vortrag oder Diskussion geladenen Gästen.

Drei Viertel der eingeladenen und im Programm der drei Kongresse hervorgehobenen PolitikerInnen sind Mitglieder von CDU oder CSU, rund ein Sechstel gehört der FDP an. Ein einziges Mal (2009) ist auch ein SPD-Politiker involviert, als Teilnehmer einer Podiumsdiskussion. Sieht man davon ab, gehören sämtliche Politikerinnen und Politiker zum konservativ-liberalen Spektrum; das gilt auch für die eingeladenen Vorsitzenden der beiden (konservativen) Lehrerverbände.

Unabhängig von ihrer Organisationszugehörigkeit überwiegen in allen untersuchten Jahren die männlichen Teilnehmer im Allgemeinen; unter den Keynote-Sprechern ist in allen drei Jahren sogar nur eine einzige Frau. Ein sehr ähnliches Bild bieten die Gestalter der anderen eigenständigen inhaltlichen Beiträge; die Frauen finden sich zum größten Teil in die Networking-Veranstaltungen verdrängt.

Publikationen

Das IÖB Oldenburg ist sehr aktiv in der Produktion von Materialien der ökonomischen Bildung, seien es Lehr- und Lernwerke, kurze Unterrichtsmaterialien und Arbeitsblätter, Lehrermaterialien, oder Publikationen zur Entwicklung von Schule und dem Fach Wirtschaft im Allgemeinen.

Neben dieser Art von Publikationen arbeiten das IÖB und die mit ihm affilierten Autoren aber auch an grundlegenden Publikationen des Fachs mit anderen Akteuren und Organisationen des Netzwerks zusammen.

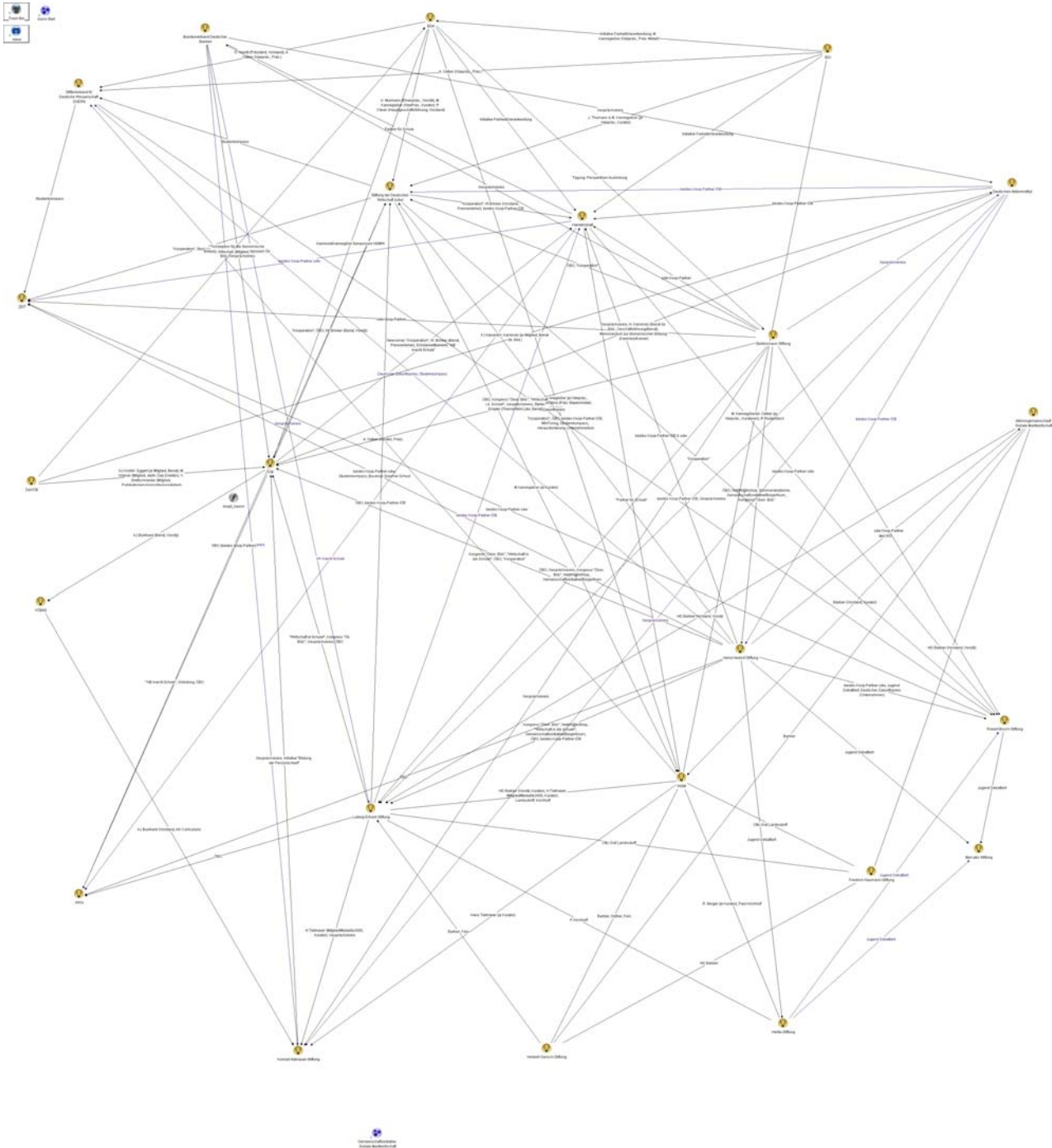
Der Bundesverband Deutscher Banken engagierte zum Beispiel Kaminski in seiner Funktion als Leiter des IÖBs für die Diskussion „Deutsche Fragen – Symposium des Bundesverbandes Deutscher Banken: Ökonomische Bildung: Wie lernen Schüler Soziale Marktwirtschaft?“, und beauftragte ihn des Weiteren, eine „Konzeption für die ökonomische Bildung als Allgemeinbildung von der Primarstufe bis zur Sekundarstufe II“ zu entwerfen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat ebenfalls im Verbund mit Autoren des IÖB ein Kerncurriculum zur ökonomischen Bildung erstellen lassen. Auch das Deutsche Aktieninstitut publiziert unter Mitwirkung von Kaminski ein Memorandum und „Fachwissenschaftliche Überlegungen“ zum Thema ökonomische Bildung. Die Stiftungen Bertelsmann, Ludwig-Erhard und Heinz-Nixdorf haben zusammen mit den Autoren des IÖB mit „oec.Ökonomie“ ein Schulbuch herausgebracht, zusätzlich existieren zahl-

reiche Schriften, Modelle, und Analysen in Zusammenarbeit einer oder mehrerer dieser Stiftungen mit Mitarbeitern des IÖB.

Außerdem treten diverse Schulbuchverlage als Partner/Stifter/... in einigen Projekten des Netzwerkes auf, so zum Beispiel Klett, Cornelsen, und Schroedel.

Unter Einbeziehung aller Verknüpfungskategorien ergibt sich also das Bild eines starken Netzwerkes, das sich abschließend folgendermaßen visualisieren lässt:

Das Netzwerk im Überblick



Literatur

- Akerlof, George A.; Kranton, Rachel E. 2010. Identity economics. How our identities shape our work, wages, and well-being. Princeton.
- Akerlof, George A.; Shiller, Robert J. 2009. Animal Spirits. Wie Wirtschaft wirklich funktioniert. Frankfurt am Main.
- Bankenverband 2005 = Bundesverband Deutscher Banken, Schul|Bank. Hg. WIE? Wirtschaft erleben. Berlin.
- Bankenverband 2009 = Bundesverband Deutscher Banken, Schul|Bank. Hg. Wirtschaft. Materialien für den Unterricht. Berlin 2009.
- Bauer, Joachim 2006. Prinzip Menschlichkeit. Warum wir von Natur aus kooperieren. Hamburg.
- Baum, Gerhart; Reiter, Julius; Methner, Olaf 2009. Abkassiert. Die skandalösen Methoden der Finanzbranche. Reinbek.
- Becker, Irene; Hauser, Richard 2004. Soziale Gerechtigkeit – eine Standortbestimmung. Zieldimensionen und empirische Befunde. Berlin.
- Beckert, Jens; Diaz-Bone, Rainer; Ganßmann, Heiner. Hg. 2007. Märkte als soziale Strukturen. Frankfurt am Main.
- Beinhocker, Eric 2006. The Origins of Wealth: Evolution, Complexity, and the Radical Remaking of Economics. Cambridge/Mass.
- Bendixen, Peter 2003. Das verengte Weltbild der Ökonomie. Zeitgemäß wirtschaften durch kulturelle Kompetenz. Darmstadt.
- Bertelsmann Stiftung. Hg. 2002. Ökonomische Bildung online – Wirtschaft in die Schule! Modul 07: Wirtschaftswissenschaftliche Theoriebildung. Autoren: Karl Homann, Matthias Meyer. Oldenburg.
- Bosch, Gerhard 2010. Beschäftigung und Mindestlöhne. Neue Ergebnisse der empirischen Mindestlohnforschung. In: WSI-Mitteilungen 63 (2010) 8, 404-411.
- Brodbeck, Karl-Heinz 1998. Die fragwürdigen Grundlagen der Ökonomie. Eine philosophische Kritik der modernen Wirtschaftswissenschaften. Darmstadt.
- Bujard, Helmut; Černý, Lothar; Gutzeit, Walter; Weyel, Harald 2011. Wirtschaft und Kultur. München.
- Bürgenmaier, Beat 1994. Sozioökonomie. Für eine ethische Erweiterung der wirtschafts-politischen Diskussion. Marburg.
- Cioffi, John W.; Höpner, Martin 2006. Das parteipolitische Paradox des Finanzmarkt-kapitalismus. Aktionärsorientierte Reformen in Deutschland, Frankreich, Italien und den USA. In: Politische Vierteljahresschrift 47 (2006) 3, 419-440.
- Corneo, Giacomo 2006. New Deal für Deutschland. Frankfurt am Main.
- DAI 1999 = Deutsches Aktieninstitut: Memorandum zur ökonomischen Bildung. Ein Ansatz zur Einführung des Schulfaches Ökonomie an allgemeinbildenden Schulen. 1. Aufl. Frankfurt am Main.
- DeGöB 2004 = Deutsche Gesellschaft für ökonomische Bildung. Hg. 2004: Bildungsstandards ökonomischer Bildung für den mittleren Schulabschluss. Online unter: http://www.degoeb.de/stellung/04_DEGOEB_Sekundarstufe-I.pdf besucht am 15.1.2011.
- DeGöB 2006 = Deutsche Gesellschaft für ökonomische Bildung. Hg. 2006: Bildungsstandards ökonomischer Bildung für den Grundschulabschluss. Online unter: http://www.degoeb.de/stellung/06_DEGOEB_Grundschule.pdf besucht am 15.1.2011.
- DeGöB 2007 = Jahrestagungen und Tagungsbände der Deutschen Gesellschaft für ökonomische Bildung. Inhaltsübersichten online zugänglich unter <http://www.degoeb.de/tagung/baende.htm> besucht am 16.1.2011.
- DeGöB 2009 = Deutsche Gesellschaft für ökonomische Bildung. Hg. 2009: Bildungsstandards ökonomischer Bildung für den Abschluss der gymnasialen Oberstufe. Online unter: http://www.degoeb.de/stellung/09_DEGOEB_Abitur.pdf besucht am 15.1.2011.
- Denkler, Thorsten 2010. Liberales Bildungs-Business. Das Firmengeflecht der FDP. süddeutsche.de vom 30.3.2010, online unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/das-firmengeflecht-der-fdp-liberales-bildungs-business-1.24461> besucht am 7.4.2011.

- Ebbers, Ilona 2008. Entrepreneurship Education als neue Aufgabe der Wirtschaftsdidaktik. In: Unterricht Wirtschaft, Nr. 35, 49-50.
- Etzioni, Amitai 1997. Die Verantwortungsgesellschaft. Individualismus und Moral in der heutigen Demokratie. Frankfurt am Main.
- EWE/IÖB 2010 = EWE Aktiengesellschaft, Institut für Ökonomische Bildung: Überlegungen zur Didaktik der Energiebildung als Ergänzungsband zu den Bullensee-Thesen. Oldenburg. Online unter:
http://www.ewe.com/konzerndata/data/EWE_Bullensee_these_Energiebildung_D_1.Aufl_fin_al.pdf besucht am 9.4.2011.
- Eymard-Duvernay, François, Favereau, Olivier; Orléan, André; Salais, Robert; Thévenot, Laurent 2010. Werte, Koordination und Rationalität. Die Verbindung dreier Themen durch die „Economie des conventions“. In: Trivium. Deutsch-französische Zeitschrift für Geistes- und Sozialwissenschaften (2010) 5. Online unter: <http://trivium.revues.org/3545> besucht am 7.4.2011.
- Faber, Malte; Petersen, Thomas 2006. Natur und Gerechtigkeit als Grenzen der Ökonomie. University of Heidelberg, Department of Economics, Discussion Paper Series, 434. Heidelberg.
- Famulla, Gerd-E.; Fischer, Andreas; Hedtke, Reinhold; Weber, Birgit; Zurstrassen, Bettina 2011. Bessere ökonomische Bildung: problemorientiert, pluralistisch, multidisziplinär. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 12-2011. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 48-54. Online unter
http://www.iböb.org/index.php?eID=tx_nawsecured1&u=0&file=uploads/tx_sbdownloader/famulla-ua-bessere-oek-bildung-2011.pdf&t=1302007142&hash=db67fcdde806f50cc285da0d7af34afe89542392 besucht am 4.4.2011.
- Fehr, Ernst 2006. Neuroökonomik. Die Erforschung der biologischen Grundlagen des menschlichen Sozialverhaltens. St. Gallen.
- Fligstein, Neil 2011. Die Architektur der Märkte. Wiesbaden.
- Galbraith, John Kenneth 1998. Die solidarische Gesellschaft. Plädoyer für eine moderne soziale Marktwirtschaft. Hamburg.
- Georg-Eckert-Institut 2007 = Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig. Unternehmer und Staat in europäischen Schulbüchern. Deutschland, England und Schweden im Vergleich. Studie im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Braunschweig. Online unter:
http://www.gei.de/fileadmin/bilder/pdf/Berichte_expertisen/Unternehmer-Staat-Studie.pdf besucht am 7.4.2011.
- GGW 2010 = Ökonomische Bildung an allgemeinbildenden Schulen. Bildungsstandards, Standards für die Lehrerbildung. Studie im Auftrag des Gemeinschaftsausschusses der deutschen gewerblichen Wirtschaft unter Vorsitz des ZDH (2009/2010). Autoren: Hans-Carl Jongebloed, Bernd Remmele, Thomas Retzmann, Günther Seeber. O.O. [Berlin]. Online unter:
http://www.zdh.de/fileadmin/user_upload/presse/Pressemeldungen/2010/Gutachten.pdf besucht am 15.1.2011.
- Goodwin, Neva 2010. A New Economics for the 21st Century. Munich Personal RePEc Archive. München.
- Görner, Regina; IG Metall Vorstand. Hg. 2010. Wirtschaft in der Schule. Die Auseinandersetzung um ökonomische Bildung in den allgemeinbildenden Schulen. (Hintergrundinformation zum Einfluss wirtschaftlicher Interessengruppen). Frankfurt am Main. Online unter:
http://www.igmetall.de/cps/rde/xbcr/internet/docs_ig_metall_xcms_168961_2.pdf besucht am 14.1.2011.
- Goetz, André 2010. Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft. Zürich.
- Häring, Norbert 2010. Markt und Macht. Was Sie schon immer über die Wirtschaft wissen wollten, aber bisher nicht erfahren sollten. Stuttgart, 194-202.

- Hedtke, Reinhold 2008. Wirtschaft in die Schule? Ökonomische Bildung als politisches Projekt. In: Gesellschaft, Wirtschaft, Politik 57 (2008) 4, 445-461.
- Hedtke, Reinhold 2011. Konzepte ökonomischer Bildung. Schwalbach/Ts.
- Hedtke, Reinhold; Assmann, David-Christopher 2008. Forschung und Publikation in der Wirtschaftsdidaktik. Bielefeld. Online unter:
http://www.uni-bielefeld.de/soz/ag/hedtke/pdf/hedtke-assmann_wirtschaftsdidaktik.pdf
besucht am 15.1.2011.
- Hedtke, Reinhold; Assmann, David-Christopher 2009. Ist Wirtschaftsdidaktik das, was Wirtschaftsdidaktiker tun? In: Seeber, Günther. Hg. Forschungsfelder der Wirtschaftsdidaktik – Herausforderungen, Gegenstandsbereiche, Methoden. Schwalbach/Ts., 28-37.
- Hippe, Thorsten 2010. Wie ist sozialwissenschaftliche Bildung möglich? Gesellschaftliche Schlüsselprobleme als integrativer Gegenstand der ökonomischen und politischen Bildung. Wiesbaden.
- Hippe, Thorsten 2011. Lernen in der Grauzone zwischen Bildung und Werbung? Zur Notwendigkeit einer kritischen Finanzbildung. In: Retzmann, Thomas. Hg. Finanzielle Bildung in der Schule. Mündige Verbraucher durch Konsumentenbildung. Schwalbach/Ts., 61-75.
- Hodgson, Geoffrey M. 2009. The great crash of 2008 and the reform of economics. Oxford.
- Hoyer, Niklas 2010. Finanzlobby. Wie Versicherer unabhängige Finanzberatung verhindern. In: Wirtschaftswoche, 28.7.2010, online unter <http://www.wiwo.de/finanzen/wie-versicherer-unabhaengige-finanzberatung-verhindern-436415/> besucht am 15.4.2011.
- Holzer, Boris 2009. Netzwerktheorie. In: Kneer, Georg; Schroer, Markus. Hg. Handbuch Soziologische Theorien. Wiesbaden, 253-275.
- INSM 2007 = Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Das kleine 1 x 1 der Sozialen Marktwirtschaft. Köln. Online unter:
http://archiv.insm.de/Downloads/1x1_der_Sozialen_Marktwirtschaft.pdf besucht am 4.4.2011.
- INSM 2009 = Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Soziale Marktwirtschaft macht's besser. Köln.
- IÖB. Hg. 2007-2009. Ökonomie mit Energie. Grundlagenband 2007, Themenband 1: Die energiewirtschaftliche Wertschöpfungskette und die Rolle des Energieversorgungsunternehmens. 2007. Themenband 2: Kernelemente der Energiepolitik. 2009. Themenband 3: Umweltschutz, Energiesparen, Der „richtige“ Energiemix von morgen. 2008. Braunschweig.
- Jansen, Dorothea 2006. Einführung in die Netzwerkanalyse. Grundlagen, Methoden, Forschungsbeispiele. Wiesbaden.
- Jantzer, Markus 2003. Komplizen in der Politik. Politische Handlungsdefizite im Gesundheitssystem. In: Leif, Thomas; Speth, Rolf. Hg. Die stille Macht. Lobbyismus in Deutschland. Wiesbaden, 130-135
- Jugend und Bildung 2009. Hoch im Kurs. Geld, Markt, Wirtschaft. Wiesbaden.
- Jugend und Bildung 2010. Finanzthemen im Unterricht. Ideen, Beispiele, Materialien. Ausgabe 02, September 2010. Berlin.
- Kahsnitz, Dietmar 2005. Ökonomische und politische Bildung sowie die Frage ihrer Integration aus der Perspektive einer sozialwissenschaftlichen Allgemeinbildungstheorie. In: ders. Hg. Integration von politischer und ökonomischer Bildung? Wiesbaden, 111-158.
- Kaminski, Hans Hg. 2005a. Oec. Ökonomie. Grundlagen wirtschaftlichen Handelns. Braunschweig 2005.
- Kaminski, Hans; Behrends, Sylke; Bretschneider, Volker; Koch, Michael 2005 Unterrichtseinheit „Finanzielle Allgemeinbildung“. O.O. [Düsseldorf, Oldenburg]. Online unter http://www.caeci.de/betrifft/muwi/Wirtschaft/sf220/finanzielle_allgemeinb.pdf besucht am 4.4.2011.
- Kaminski, Hans; Eggert, Katrin 2008. Konzeption für die ökonomische Bildung als Allgemeinbildung von der Primarstufe bis zur Sekundarstufe II. Berlin.

- Kaminski, Hans; Eggert, Katrin; Koch, Michael 2007. Unterrichtseinheit „Wirtschaftsordnung“. O.O. [Düsseldorf, Oldenburg]. Online unter: <http://www.handelsblattmachtschule.de/bin/pdf/ue/wirtschaftsordnungen.pdf> besucht am 4.4.2011.
- Kaminski, Hans; Hübinger, Bernd; Zedler, Reinhard; Staudt, Wolfgang 2001. Soziale Marktwirtschaft stärken. Kerncurriculum Ökonomische Bildung. Bonn. Online unter http://www.kas.de/wf/doc/kas_181-544-1-30.pdf?050113114107 besucht am 10.4.2011.
- Katterle, Siegfried 1995. Markt und Regulierung in der gemischten Wirtschaft. In: Neumann, Lothar F.; Schulz-Nieswand, Frank. Hg.. Sozialpolitik und öffentliche Wirtschaft. In memoriam Theo Thiemeyer. Berlin, 117-137.
- Kitschelt, Herbert 1992. The Formation of Party Systems in East Central Europe. In: Politics and Society 20 (1992) 1, 7-50.
- Kitschelt, Herbert 1994. The Transformation of European Social Democracy. Cambridge, New York, Melbourne.
- Koch, Michael; Friebel, Stephan; Raker, Martina 2011. Unterrichtseinheit „Finanzielle Allgemeinbildung“. O.O. [Düsseldorf, Oldenburg]. Online unter: <http://www.handelsblattmachtschule.de/download/download.php?id=133> besucht am 4.4.2011.
- Lässig, Simone 2008. Statement [der] Direktorin des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung Braunschweig, Pressekonferenz zur Vorstellung der größten Länderübergreifenden Schulbuchstudie. Berlin, 24. Juni 2008. Online unter http://www.insm.de/dms/insm/textdokumente/pdf/untitled/Schulbuchvergleich/Laessig_Final.pdf besucht am 10.4.2011.
- Langbein, Kurt 2003. Die Pharma-Lobby. Der Mut einer Überdosis Macht. In: Leif, Thomas; Speth, Rolf. Hg. Die stille Macht. Lobbyismus in Deutschland. Wiesbaden, 136-142.
- Leif, Thomas; Speth, Rudolf 2003. Lobby-Kampagnen. Zur Kolonisierung der Öffentlichkeit. In: dies. Hg. Die stille Macht. Lobbyismus in Deutschland. Wiesbaden, 357-364.
- Leipold, Helmut 2006. Kulturvergleichende Institutionenökonomik. Stuttgart.
- Menke, Birger 2010. Liberale Bildung. Spiegel Online, Schulspiegel, 3.5.2010. Online unter <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,692880,00.html> besucht am 7.4.2011.
- Merrett, Gary 2008. Marktwirtschaft in Schulbüchern (Position Liberal). Potsdam.
- Meyer, Thomas 2010. Was ist Politik? 3. Aufl. Wiesbaden.
- Mügge, Daniel 2010. Widen the Market, Narrow the Competition. Banker Interests and the Making of a European Capital Market. Colchester.
- Neckel, Sighard 2010. Refeudalisierung der Ökonomie. Zum Strukturwandel kapitalistischer Wirtschaft. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Working Paper 10/6. Köln.
- Nicoll, Norbert 2008. „Die ökonomische Rationalität in die Öffentlichkeit tragen“. Zur Arbeit und Wirkungsweise der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (2000-2006). Marburg.
- Oehler, Andreas; Kohlert, Daniel; Jungermann, Helmut 2009. Zur Qualität der Finanzberatung von Privatanlegern. Probleme des Beratungsprozesses und Lösungsansätze. Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats für Verbraucher- und Ernährungspolitik beim BMELV. Berlin.
- Petrik, Andreas 2007. Von den Schwierigkeiten, ein politischer Mensch zu werden. Konzept und Praxis einer genetischen Politikdidaktik. Opladen.
- Portes, Alejandro 1998. Social Capital, Its Origins and Applications in Modern Sociology. In: Annual Review of Sociology 24 (1998), 1-24. Online unter <http://www.soc.washington.edu/users/matsueda/Portes.pdf> besucht am 10.4.2011.
- Priddat, Birger P. 2009. Politik unter Einfluss. Netzwerke, Öffentlichkeiten, Beratungen, Lobby. Wiesbaden.
- Remer, Sven 2008. „Es fehlt an Wissen und Moral“, Interview mit Sven Remer. In: Die Zeit, Nr. 46, 75. Online unter <http://www.zeit.de/2008/46/C-Interview-Remer> besucht am 11.4.2011.
- Romberg, Tobias 2009. „Brutal viel Geld verdienen“. Wie große Finanzvertriebe junge Menschen als Vertreter ködern – und sie manchmal nicht mehr gehen lassen. In: Zeit online, vom 8.5.2009. Online unter www.zeit.de/2009/20/Abzocker besucht am 7.4.2011.

- Salzmann, Bernd 2009. Abschied vom Helikopter-Banking. Kultureller Wandel ist bei Finanzmanagern in. Impressionen von einem Kongress. In: Frankfurter Rundschau, 10. September 2009. Online unter <http://www.fr-online.de/wirtschaft/krise/abschied-vom-helikopter-banking/-/1471908/2857596/-/index.html> besucht am 11.4.2011.
- Schindelbeck, Dirk; Ilgen, Volker 1999. „Haste was, biste was!“ Werbung für die soziale Marktwirtschaft. Darmstadt.
- Schroeder, Wolfgang 2003. Lobby pur. Unternehmensverbände als klassische Interessenvertreter. In: Leif, Thomas; Speth, Rudolf. Hg. Die stille Macht. Lobbyismus in Deutschland. Wiesbaden, 280-298.
- Sebaldt, Martin; Straßner, Alexander 2004. Verbände in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung. Wiesbaden.
- Seeber, Günther 2006. Der sozioökonomische Ansatz in der Fachdidaktik am Beispiel Ökologischer Ökonomie. In: Fischer, Andreas. Hg.: Ökonomische Bildung – Quo vadis? Bielefeld, 28-44.
- Sennett, Richard 2005. Die Kultur des Neuen Kapitalismus. Berlin.
- Speth, Rudolf 2006. Advokatorische Think Tanks und die Politisierung des Marktplatzes der Ideen. betrifft: Bürgergesellschaft, Arbeitspapier Nr. 24, Bonn. Online unter <http://library.fes.de/pdf-files/kug/03818.pdf> besucht am 14.3.2011.
- Stegbauer, Christian. Hg. 2008. Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie. Ein neues Paradigma in den Sozialwissenschaften. Wiesbaden.
- Union Investment Privatfonds GmbH 2009. Das Fonds-1x1. Investmentfonds – professionelle Geldanlage für jedermann. Frankfurt am Main.
- Vanberg, Viktor 2006. Marktwirtschaft und Gerechtigkeit. Zu F. A. Hayeks Kritik am Konzept der „sozialen Gerechtigkeit“. In: Martin Held; Kubon-Gilke, Gisela; Sturn, Richard. Hg. Soziale Sicherung in Marktgesellschaften, 39-67
- Weber, Birgit. Hg. 2002. Eine Kultur der Selbstständigkeit in der Lehrerausbildung. Bergisch Gladbach.
- Wicht, Christine; Lenz, Carsten 2006. Die Vernetzung der Bildungspolitik mit privaten Interessen. NachDenkSeiten, 24.1.2006. Online <http://www.nachdenkseiten.de/?p=236> besucht am 9.4.2011.
- Wiepcke, Claudia 2008. Entrepreneurship Education im Fokus von Employability und Nachhaltigkeit. In: Loerwald, Dirk; Wiesweg, Maik; Zoerner, Andreas. Hg. Ökonomik und Gesellschaft. Festschrift für Gerd-Jan Krol. Wiesbaden, 267-281.
- Wiepcke, Claudia 2009. Employability in the Bologna Process: An Area of Tension between Society, Businesses and Students. In: International Journal of Learning 16 (2009) 4, 435-446. Online unter: <https://eldorado.tu-dortmund.de/bitstream/2003/26373/1/2009%2008%20Ver%c3%b6ffentliche%20Version.pdf> besucht am 2.4.2011.
- Wiepcke, Claudia 2010. Employability als Querschnittsansatz der Hochschulausbildung. Ein Spannungsfeld zwischen Gesellschaft, Unternehmen und Studierenden. Schwäbisch Gmünd. Online unter: http://www.ph-gmuend.de/deutsch/downloads/gesellschaftswissenschaften/Schriftenreihe_Nr-2_Wiepcke_2010_05.pdf besucht am 2.4.2011.
- Windolf, Paul. Hg. 2005. Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen. Sonderheft 45/2005 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Wiesbaden.
- Zinn, Karl Georg 1998. Systemstabilität und ordnungspolitischer Wandel des Kapitalismus. Die Soziale Marktwirtschaft als politisches Kabinettstückchen. In: Elsner, Wolfram; Engelhardt, Werner Wilhelm; Glastetter, Werner. Hg. Ökonomie in gesellschaftlicher Verantwortung. Sozialökonomik und Gesellschaftsreform heute. Berlin, 163-192.

Anhang: Quellen zur Netzwerkskizze

1. http://50jahre.freiheit.org/wcsite.php?wc_b=3996
2. http://archiv.insm.de/Downloads/PDF_-_Dateien/Anzeigenarchiv/040503_einfachergerechter.pdf
3. http://archiv.insm.de/Downloads/Word-Dokumente/Prof_Panel_UmfrageAuswertung.doc
4. <http://gildenhause.de/gremien/>
5. <http://gildenhause.de/wirtschaftsgespraechen/marktwirtschaft/symposium-neue-soziale-marktwirtschaft/>
6. <http://lspace5.via-on-line.de/ioeb/ecedon.nsf/CMS/OEBOProjektTop>
7. <http://lspace6.via-on-line.de/ioeb/ecedon.nsf/CMS/OEBOImpressumTop?OpenDocument>
8. <http://lspace6.via-on-line.de/ioeb/ecedon.nsf/CMS/WiGyHbTop?OpenDocument>
9. <http://macro.asm-ev.de/index.htm>
10. <http://www.bankenverband.de/bankenverband/pressezentrum/channel/10141710/art/2416/index.html>
11. <http://www.bda-online.de/www/arbeitgeber.nsf/id/Praesidium>
12. <http://www.bdi.eu/544.htm>
13. http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_23634_26752_2.pdf
14. http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_23634_26752_2.pdf
15. http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/experten_18520.htm
16. <http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-76AFF971-087B4851/bst/hs.xsl/29843.htm>
17. http://www.blik.org/aktuell/aktuell_0001.htm
18. http://www.bucerus-summer-school.de/h/impressum_7_de.php
19. <http://www.buergerforum2008.de/>
20. http://www.buergerforum2008.de/discoursemachine.php?page=infopage_extern&id_page=4
21. [http://www.dai.de/internet/dai/dai-2-0.nsf/0/E84FD6FB5C6ECEEFC125748900329C3A/\\$FILE/6D9CD24BC57CB952C125747C0053B0FB.pdf?openelement&cb_content_name_utf=memorandum.pdf](http://www.dai.de/internet/dai/dai-2-0.nsf/0/E84FD6FB5C6ECEEFC125748900329C3A/$FILE/6D9CD24BC57CB952C125747C0053B0FB.pdf?openelement&cb_content_name_utf=memorandum.pdf)
22. <http://www.dai.de/internet/dai/dai-2-0.nsf/main/Wir+ueber+uns+-+Beiraete+-+Oekonomisch>
23. <http://www.degoeb.de/beirat.htm>
24. <http://www.degoeb.de/mitglied.htm>
25. <http://www.deutscher-zukunftspreis.de/die-f%C3%B6rderer>
26. http://www.fnst-freiheit.org/webcom/show_article.php/_c-491/i.html
27. http://www.fr-online.de/_inc/_globals/print.php?sid=28a20bb895e30d17361aeebd238211c9&em_cnt=1046011&em_ref=/in_und_ausland/dokumentation/
28. http://www.freiheit-und-verantwortung.de/6_2.htm
29. http://www.freiheit-und-verantwortung.de/6_2.htm
30. http://www.gesamtmetall.de/gesamtmetall/meonline.nsf/id/DE_Gremien
31. http://www.gesamtmetall.de/gesamtmetall/meonline.nsf/id/DE_Gremien
32. <http://www.ghst.de/index.php?c=14>
33. <http://www.ghst.de/index.php?c=14>
34. http://www.gildenhause.de/wp-content/uploads/2009/07/gruppe_0.pdf
35. http://www.handelsblattmachtsschule.de/seiten/aktionen_kongress2009.php?na=4200
36. http://www.handelsblattmachtsschule.de/seiten/aktionen_wettbewerb0804_main.php
37. http://www.handelsblattmachtsschule.de/seiten/material_einheiten.php
38. http://www.handelsblattmachtsschule.de/seiten/sponsoren_index.php
39. <http://www.herausforderung-unternehmertum.de/>
40. <http://www.ihk-nordwestfalen.de/wirtschaft/aus-und-weiterbildung/ausbildungsbetriebe/bildungspolitik/prawis/das-modellprojekt/>
41. http://www.initiative-links.com/upload/pdf/verschiedenes/29-11-04_WBHM_INSM.pdf
42. <http://www.insm-presse.de/category/deutschland-zum-selbermachen/>
43. <http://www.insm.de/insm/Aktionen/INSM-Anzeigen/Der-Hamburger-Appell-im-Wortlaut.html>
44. <http://www.insm.de/insm/Aktionen/INSM-Kampagnen/Soziale-Marktwirtschaft-machts-besser/-bersicht-Detailseiten-/Otto-Graf-Lambsdorff.html>
45. <http://www.insm.de/insm/ueber-die-insm/Kuratoren-und-Botschafter.html>
46. <http://www.ioeb.de/index.php?id=182&0=>
47. <http://www.ioeb.de/index.php?id=29>
48. <http://www.ioeb.de/index.php?id=29>
49. <http://www.ioeb.de/index.php?id=310>
50. <http://www.ioeb.de/index.php?id=37&url=index.php?user=ioebseiteXpasswd=publicXparam=1858>
51. <http://www.ioeb.de/index.php?id=44>
52. <http://www.jugend-debattiert.ghst.de/index.php?id=18&Lang=0>
53. http://www.kas.de/proj/home/events/95/1/year-2009/month-11/veranstaltung_id-38572/index.html
54. http://www.kas.de/proj/home/pub/95/1/-/dokument_id-18065/index.html
55. <http://www.kas.de/wf/de/33.622/>

56. <http://www.kas.de/wf/de/71.4902/>
57. http://www.kas.de/wf/doc/kas_6017-544-1-30.pdf
58. <http://www.ludwig-erhard-stiftung.de/?seite=medaille>
59. <http://www.ludwig-erhard-stiftung.de/?seite=organisation>
60. http://www.netschool.de/akt/archive/a_000094.htm
61. http://www.presseportal.de/pm/39474/410943/initiative_neue_soziale_marktwirtschaft_insm
62. http://www.presseportal.de/pm/6677/1314208/konrad_adenauer_stiftung_e_v
63. <http://www.schulbank.de/wirtschaftswissen/Gutachten080421.pdf>
64. <http://www.sdw.org/foerderer-partner/foerdereverein/mitgliedsunternehmen/>
65. <http://www.sdw.org/schuelerakademie/mintoring/standorte-und-foerderer/>
66. <http://www.sdw.org/ueber-uns/foerderer-amp-partner/institutionelle-partner/>
67. <http://www.sdw.org/ueber-uns/organisation/sdw-ev/vorstand/>
68. <http://www.sdw.org/ueber-uns/organisation/sdw/kuratorium/>
69. <http://www.sommerakademie-europa.de/>
70. http://www.stiferverband.org/ueber_den_stiferverband/organisation_und_gremien/praesident/index.html
71. http://www.stiferverband.org/ueber_den_stiferverband/organisation_und_gremien/vorstand/index.html
72. <http://www.studienkompass.de/index.php?id=132>
73. <http://www.uni-oldenburg.de/admin/ioeb/31189.html>
74. http://www.vbm.de/agv/vbm-Ueber_uns-Personen-Praesidium--19621.htm
75. http://www.voebas.de/ueber_vorstand.html
76. <http://www.wbv-fachtagung.de/perspektiven-ausbildung/programm.html>
77. <http://www.wiso.uni-hamburg.de/index.php?id=6252>
78. https://www.bankenverband.de/pic/artikelpic/092008/DF_Berlin_2008.pdf

iböb.

working paper no. 1

Anschrift der Verfasser:

Lucca Möller, B.A., M.Ed.

Universität Bielefeld
Fakultät für Soziologie
Postfach 100 131
33501 Bielefeld

Prof. Dr. Reinhold Hedtke

Universität Bielefeld
Fakultät für Soziologie
Postfach 100 131
33501 Bielefeld

E-Mail: reinhold.hedtke[at]uni-bielefeld.de
Sekretariat: Tel. +49 (0)521-106-3985

Quelle: http://www.iboeb.org/moeller_hedtke_netzwerkstudie.pdf

© Lucca Möller, Reinhold Hedtke. Bielefeld 2011.

Die Initiative für eine bessere ökonomische Bildung, kurz iböb, engagiert sich für die folgenden Qualitätsmerkmale ökonomischer Bildung:

- Lebenswirklichkeit(en) der Schülerinnen und Schüler als zentraler Bezugspunkt ökonomischer Bildung;
- gesellschaftliche und individuelle Schlüsselprobleme als Relevanzkriterien ökonomischer Bildung;
- wissenschaftlicher, politischer und weltanschaulicher Pluralismus als Grundlage ökonomischer Bildung;
- Einbettung ökonomischer Fragen in gesellschaftliche, politische und kulturelle Kontexte;
- Mehrdimensionalität, Multiperspektivität und Kontroversität als inhaltliche Prinzipien ökonomischer Bildung;
- Diversität der persönlichen Ziele, Wertvorstellungen und Lebensentwürfe der Lernenden als ein Fokus ökonomischer Bildung;
- Befähigung der Lernenden zur Gestaltung einer lebenswerten Wirtschaft und Gesellschaft.